



Bildung im Bevölkerungsschutz

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Leserinnen und Leser,

Vor fast genau 15 Jahren, am 11. März 2011, erschütterte ein Seebeben der Stärke 9,0 die Ostküste Japans. Das Beben löste einen Tsunami aus, der große Teile der Küstenregion zerstörte und schließlich zur Kernschmelze im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi führte. Die Katastrophe gilt als eine der verheerendsten der jüngeren Geschichte – insbesondere, weil sie ein Land traf, das als sehr gut auf Katastrophen vorbereitet galt. Trotz umfangreicher Vorsorgemaßnahmen kam es zu enormen Schäden und hohen Opferzahlen, was die Grenzen selbst gut ausgebauter Katastrophenvorsorge deutlich machte¹. Gleichzeitig zeigt das Ereignis aber auch, dass Vorsorge eine entscheidende Rolle spielt: Ihre Wirkung wird besonders dort sichtbar, wo vorbereitetes Wissen und eingeübtes Verhalten im Ernstfall unmittelbar Leben retten.

Ein eindrückliches Beispiel dafür ist die Kamaishi Higashi Junior High School in der Präfektur Iwate

(Abb. 1). Dort war Katastrophenvorsorge bereits vor 2011 fest im Schulalltag verankert, mit regelmäßigen Unterrichtseinheiten und Übungen. Als das Erdbeben einsetzte, reagierten die Schüler:innen routiniert und suchten Schutz unter ihren Tischen. Unmittelbar nach Abklingen der Erschütterungen begannen sie auf den Zuruf „Run“ hin ohne Zögern mit der Evakuierung. Entscheidend war, dass sie gelernt hatten, eigenständig zu handeln und nicht auf weitere Anweisungen zu warten².

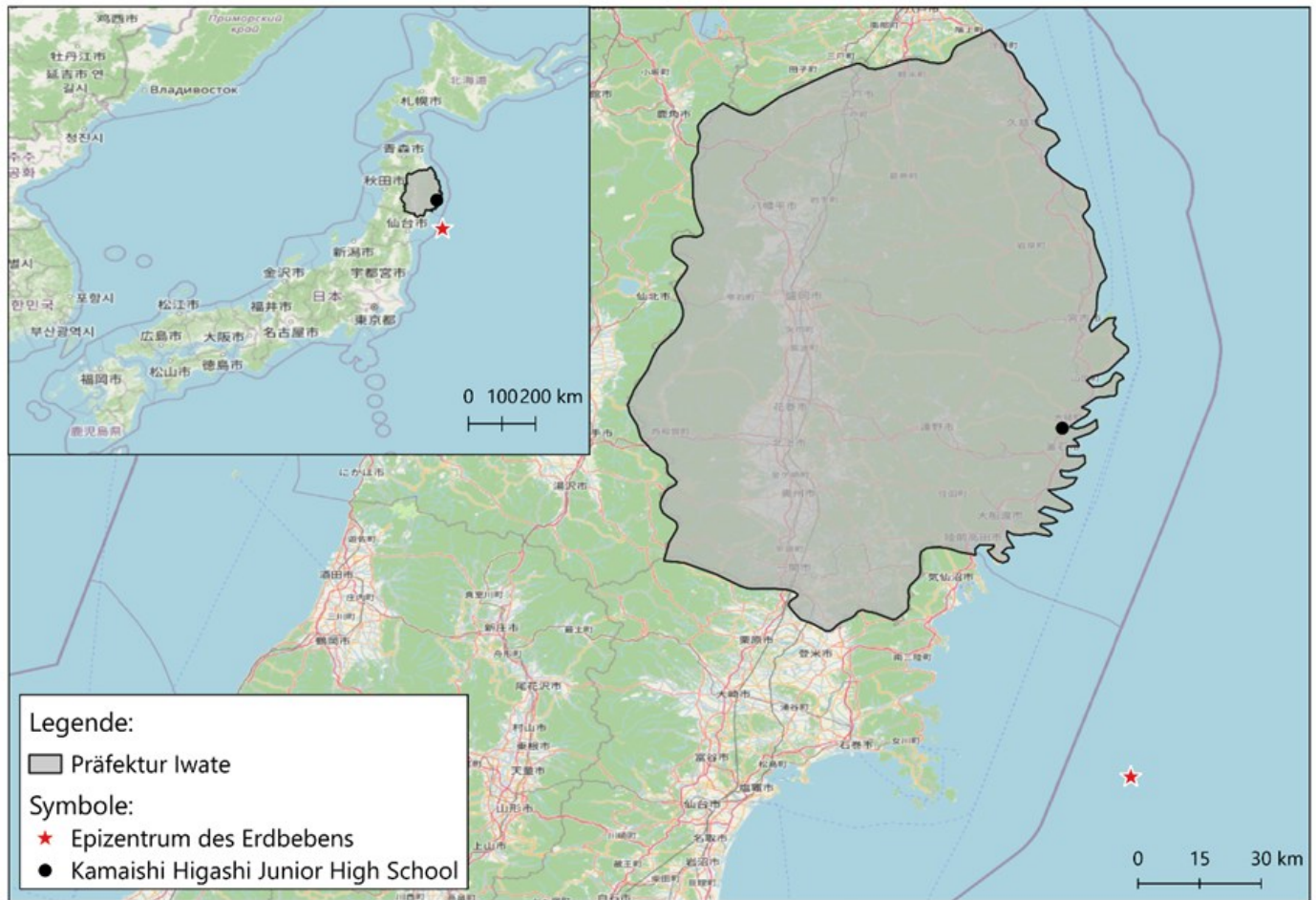
Gemeinsam liefen sie etwa einen Kilometer in

Inhalt

Bildung im Bevölkerungsschutz	1
Interviews	8
Gastbeitrag	20
Neues von den YPs	24
Lesenswertes	25
Sehens-, Hörens- und Spielenswertes	25
Historische Ereignisse	27
Literaturempfehlungen	30
DKKV-Intern	32

[1] Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. (2026). Fukushima – Reaktorunfall in Japan. Zuletzt aufgerufen am: 22.04.2026. <https://www.lpb-bw.de/fukushima>.

[2] United Nations Office for Disaster Risk Reduction (UNDRR). (2011). Children’s Charter: How empowering children saves lives. Zuletzt aufgerufen am: 22.04.2026. <https://www.undrr.org/news/childrens-charter-how-empowering-children-saves-lives>.



Datenquellen:
SimpleMaps (2026): Japan Administrative Boundaries, <https://simplemaps.com/gis/country/jp>; © OpenStreetMap-Mitwirkende (2026), <https://www.openstreetmap.org>

Abb. 1: Lage der Kamaishi Higashi Junior High School in der Präfektur Iwate (Japan) | ©DKKV

höher gelegene Gebiete. Ältere Schüler:innen übernahmen Verantwortung und unterstützten jüngere Kinder aus einer benachbarten Grundschule. Da sie die Situation weiterhin als unsicher einschätzten, setzten sie die Evakuierung sogar fort und suchten einen noch höher gelegenen Ort auf. Nur wenige Minuten später wurden beide Schulgebäude vom Tsunami zerstört, alle 562 anwesenden Schüler:innen konnten sich jedoch rechtzeitig in Sicherheit bringen².

In Deutschland zeigt eine aktuelle Studie, dass sich nicht einmal die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung mit Notfallvorsorge auseinandergesetzt hat³. Dies verdeutlicht, dass eine grundlegende Auseinandersetzung mit Notfallvorsorge in der Bevölkerung vielfach fehlt und im Bereich der Bildung für den Bevölkerungsschutz weiterhin Lücken bestehen, die geschlossen werden sollten,

um die Katastrophenvorsorge zu stärken und gesellschaftliche Resilienz zu fördern.

Aus diesem Grund geht dieser Leitartikel der Frage nach, welchen Beitrag Bildung im Bevölkerungsschutz zur Risikominderung und zur Förderung von Resilienz leisten kann. Dazu wird zunächst die Bedeutung von Bildung für eine resiliente Gesellschaft erläutert. Anschließend werden konkrete Bildungsansätze im Bevölkerungsschutz vorgestellt und abschließend zentrale Herausforderungen diskutiert.

Bildung als Grundlage gesellschaftlicher Resilienz

Resilienz beschreibt die Fähigkeit von Individuen und Gesellschaften, Krisen zu bewältigen, ihre Auswirkungen zu verarbeiten und zentrale Funktionen auch unter Belastung aufrechtzuerhalten⁵.

[3] Rohs, M., Lacher, S., & Großmann, J. (2025). *Notfall- und Katastrophenvorsorge in Deutschland: Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung*. Beiträge zur Erwachsenenbildung (Nr. 17). Kaiserslautern: Rheinland-Pfälzische Technische Universität Kaiserslautern-Landau. Zuletzt aufgerufen am: 22.04.2026. https://kluedo.ub.rptu.de/frontdoor/deliver/index/docId/9208/file/17_Beitraege_PREP.pdf.

Doch diese Fähigkeit entsteht nicht von selbst, sie muss entwickelt, erlernt und kontinuierlich gestärkt werden.

Vor diesem Hintergrund haben die Vereinten Nationen verschiedene Rahmenwerke etabliert. Das aktuelle, das Sendai-Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge 2015 - 2030, wurde 2015 in Japan verabschiedet. Im Sendai-Rahmenwerk wurden vier zentrale Handlungsprioritäten festgelegt, von denen die erste lautet: „Das Katastrophenrisiko verstehen“⁴. Auch wenn Bildung für alle Prioritäten eine Rolle spielt, kommt ihr hier eine besondere Bedeutung zu. So wird unter anderem gefordert, „die Einbeziehung von Wissen über Katastrophenrisiken, einschließlich Wissens über Katastrophenvorbeugung, Katastrophenmilderung, Vorbereitung auf den Katastrophenfall, Hilfe, Wiederherstellung und Rehabilitation, in die **schulische und außerschulische Bildung** wie auch in die **staatsbürgerliche Bildung** auf allen Ebenen sowie in die berufliche Aus- und Weiterbildung zu fördern“⁴.

Da die Umsetzung des Rahmenwerks auf nationaler Ebene erfolgt, wurde in Deutschland eine eigene Resilienzstrategie entwickelt, in der ebenfalls betont wird, dass „Themen des Katastrophenrisikomanagements in Bildung und Fortbildungen“ stärker verankert werden sollen⁵. Der Auftrag ist damit klar formuliert und wird bereits auch in aktuellen politischen Debatten viel diskutiert⁶. Ebenfalls besteht in der Wissenschaft Einigkeit darüber, dass Bildung als protektiver Fak-

tor dazu beitragen kann, Individuen dazu zu befähigen, Krisen besser zu bewältigen und handlungsfähiger zu werden^{7, 8}. Obwohl die zentrale Bedeutung von Bildung für den Bevölkerungsschutz seit Längerem bekannt und anerkannt ist, basiert das klassische Verständnis weiterhin stark auf der Annahme, dass der Staat primär für die Sicherheit der Bevölkerung verantwortlich ist, während diese selbst eher als passiver Bestandteil des Systems erscheint⁹. Gerade im Bereich der Katastrophenvorsorge greift diese Perspektive jedoch zu kurz. Vielmehr sollte die Bevölkerung als aktiver Bestandteil mitgedacht werden. Eine der tragenden Säulen des Bevölkerungsschutzes ist der Selbstschutz, also die individuellen Anstrengungen der Bevölkerung, um Schäden an Leben und Gesundheit zu vermeiden oder zu mindern sowie die Selbsthilfe im Ereignisfall. Beide Aspekte sind zentral für die gesellschaftliche Resilienz¹⁰. Hinzu kommt, dass der Bevölkerungsschutz in Deutschland bereits heute in hohem Maße auf dem Engagement von Millionen Freiwilligen in Hilfsorganisationen und Feuerwehren beruht¹¹. Dies unterstreicht zusätzlich die Bedeutung von Bildung als Grundlage für Beteiligung und Engagement.

Vor diesem Hintergrund ist es wesentlich, dass der Bevölkerungsschutz stärker darauf ausgerichtet wird, entsprechende Kompetenzen und Fähigkeiten in der Bevölkerung zu fördern. Dabei geht es jedoch nicht allein um die Vermittlung praktischer Fähigkeiten. Bildung im Bevölkerungs-

[4] Vereinte Nationen. (2015). *Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015–2030*. S. 15 f. Zuletzt aufgerufen am: 22.04.2026. <https://www.undrr.org/media/16176/download?startDownload=20260422>.

[5] Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI). (2022). *Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen*. Zuletzt aufgerufen am: 22.04.2026. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/bevoelkerungsschutz/BMI22017-resilienz-katastrophen.pdf?__blob=publicationFile&v=2.

[6] Biskup-Klawon, B. (2026). Erste Stunde Zivilschutz. In: *Behörden Spiegel*. Zuletzt aufgerufen am: 07.05.2026. <https://www.behoerden-spiegel.de/2026/05/05/erste-stunde-zivilschutz/>.

[7] Karutz, H. (2023). Pädagogik und Bildungsverständnis im Bevölkerungsschutz. In: *Bevölkerungsschutz, psychische Gesundheit und Bildung*, S. 25–34. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Zuletzt aufgerufen am: 22.04.2026. https://www.researchgate.net/publication/396921044_Bevölkerungsschutz_psychische_Gesundheit_und_Bildung.

[8] Karutz, H., & Mitschke, T. (2018). Pädagogik und Bildungsverständnis im Bevölkerungsschutz. *Bevölkerungsschutz*, 4/2018, 1–7. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Zuletzt aufgerufen am: 22.04.2026. https://www.harald-karutz.de/wp-content/uploads/2019/09/Artikel_Bev%C3%B6lkerungsschutzp%C3%A4dagogik_3.pdf.

[9] Lorenz, D. & Dittmer, C. (2026). *Strukturen des deutschen Bevölkerungsschutzes*. Zuletzt aufgerufen am: 22.04.2026 <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/bevoelkerungsschutz/575171/strukturen-des-deutschen-bevoelkerungsschutzes/>.

[10] Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI). (2025). *Selbstschutz und Selbsthilfe*. Zuletzt aufgerufen am: 22.04.2026. <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/bevoelkerungsschutz/zivil-und-katastrophenschutz/selbstschutz-und-selbsthilfe/selbstschutz-und-selbsthilfe-artikel.html>.

[11] Ziviz im Stifterverband. (2025). *Engagement im Ernstfall: Zivilgesellschaftliche Beteiligung im Bevölkerungsschutz*. Zuletzt aufgerufen am: 22.04.2026. https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/2025-05/engagement_im_ernstfall.pdf.

schutz kann darüber hinaus dazu beitragen, Mündigkeit und gesellschaftliche Teilhabe zu stärken, indem Menschen befähigt werden, Risiken zu verstehen, Entscheidungen zu reflektieren und sich aktiv einzubringen. Gleichzeitig werden Solidaritätsfähigkeit sowie Formen der Selbst- und Mitbestimmung gefördert⁷, die für den Umgang mit Krisen ebenso bedeutsam sind wie für das Funktionieren einer demokratischen und resilienten Gesellschaft insgesamt.

Aktuelle Bildung im Bevölkerungsschutz

Gerade bei Kindern und Jugendlichen ist es daher wichtig, frühzeitig Sicherheit im Handeln zu vermitteln und Ängste abzubauen. Schulen kommt hierbei eine besondere Rolle zu: Als institutionalisierte Lernorte erreichen sie nahezu alle jungen Menschen und bieten die Möglichkeit, entsprechende Kompetenzen systematisch zu fördern. Insbesondere durch die Nachbereitung der Flutkatastrophe 2021 kam es zu Forderungen an den Bildungssektor das Bildungsangebot im Bereich des Bevölkerungsschutzes zu erweitern. Wie dies konkret umgesetzt werden kann, zeigen verschiedene aktuelle Ansätze und Initiativen.

Ein sehr aktuelles Beispiel ist ein neues Projekt in Berlin, bei dem in den kommenden Jahren der Reanimationsunterricht flächendeckend an weiterführenden Schulen ab der 7. Klasse etabliert werden soll. Hierfür werden unter anderem Unterrichtsmaterialien, Übungsausstattung und Handreichungen für Lehrkräfte bereitgestellt¹².

Ein weiteres positives Beispiel ist Baden-Württemberg: Das Kultus- und das Innenministerium haben ein Konzept entwickelt, um den Katastrophenschutz fest im schulischen Curriculum zu verankern. Dazu zählen Unterrichtsbeispiele in Grundschulen und allen weiterführenden Klas-

Internationale Perspektiven

Wie das Beispiel aus Japan zeigt, kann Bildung im Bevölkerungsschutz deutlich selbstverständlicher sein als es in Deutschland der Fall ist. Beispielsweise integriert auch Finnland Resilienzbildung früh in den Alltag: Schüler:innen lernen dort Krisenvorsorge, Informationskompetenz und das „72-Stunden-Konzept“, während Themen wie Desinformation fächerübergreifend behandelt werden. In Island ist Resilienz sogar explizit in der nationalen Bildungspolitik verankert, die *Education Policy 2030* nennt Resilienz, Mut und Wissen als zentrale Bildungsziele¹³. Australien und Neuseeland verfolgen mit dem Netzwerk *DRANZSEN* einen ähnlichen Ansatz: Schulen, Einsatzkräfte und Forschungseinrichtungen arbeiten dort gemeinsam daran, junge Menschen frühzeitig auf Krisen vorzubereiten¹⁴.

senstufen mit Zugang zu bereitgestelltem Material wie Flyern, Filmclips, Postern und Handreichungen. Außerdem gibt es einen jährlichen Aktionstag für alle Schüler:innen der Klassenstufe 6, der die direkte Begegnung mit dem Katastrophenschutz ermöglicht¹⁵.

Einen weiteren Impuls liefert der Entwurf eines Katastrophen-Curriculums von der Didaktik-Professorin Anja Besand (TU Dresden). Dieses besteht aus drei Bestandteilen: einem Lehrplan für den Krisenmodus mit Ideen für den Umgang mit Krisen, organisatorischen Leitlinien für Schulleitungen, um sich der Frage zu widmen, welche Aufgaben Schulen im Krisenfall übernehmen können und zuletzt einem Notfallschulheft, welches Schüler:innen gut durch die Krise begleiten soll¹⁶. Ein ähnliches Konzept wurde vom United Office for Disaster Risk Reduction (UNDRR) entwickelt.

[12] Behörden Spiegel. (2026). *Reanimationsunterricht an Berliner Schulen*. In: Newsletter „Rettung. Feuer. Katastrophe.“ Nr. 164 (April 2026).

[13] Preston, L. (2025). *Learning from other countries on how to teach resilience*. *Schools Week*. Zuletzt aufgerufen am: 27.04.2026. <https://schoolsweek.co.uk/learning-from-other-countries-on-how-to-teach-resilience/>.

[14] Australian Institute for Disaster Resilience (AIDR). (2026). *Disaster Resilient Australia-New Zealand School Education Network (DRANZSEN)*. Zuletzt aufgerufen am: 27.04.2026. <https://schools.aidr.org.au/disaster-resilience-education/disaster-resilient-australia-new-zealand-school-education-network/>.

[15] Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg. (2026). *Katastrophenschutz an Schulen*. Zuletzt aufgerufen am: 22.04.2026. <https://km.baden-wuerttemberg.de/de/schule/schulartuebergreifend/katastrophenschutz>.

Im Rahmen eines Spiels namens „Stop Disasters Game“ wurde eine unterrichtsfertige Lernsequenz mit Postern, Informationsblättern und einem Lehrerhandbuch entworfen¹⁷.

Neben diesen sehr formellen Bildungsangeboten, gibt es auch informellere „Best Practices“ sowie „Max und Flocke“, zwei animierte Charaktere vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BBK), welche schon seit 2011 versuchen Kindern das Verhalten im Notfall näher zu bringen. Mit ihnen kann man einfach online über die BBK-Webseite viele spannende Abenteuer im Spiel und Leseformat erleben¹⁸. Ein weiteres Beispiel ist das **Pixi-Buch**, das Ende 2025 im Rahmen des vom BMFTR geförderten WaX-Projektes (Wasser-Extremereignisse) in Zusammenarbeit mit dem DKKV, zusammen mit einem **Video** veröffentlicht wurde (Abb. 2)¹⁹.



Abb. 2: Pixibuch: Starkregen und Dürre | ©DKKV

Auch für Erwachsene gibt es neben zahlreichen Erste-Hilfe-Kursen auch informelle Bildungsangebote. Diese sind besonders wichtig, da ein Großteil der Kompetenzen in informellen Kontexten erworben wird²⁰. Dazu zählen Angebote wie eine Reihe von sogenannten **Serious Games**, welche komplexe Inhalte niedrigschwellig und interaktiv vermitteln.

Herausforderungen

Dass sich trotz der Vielzahl an Initiativen bislang weniger als die Hälfte der Bevölkerung aktiv mit Notfallvorsorge beschäftigt hat³, lässt sich auf eine Vielzahl unterschiedlicher Gründe zurückführen. Ein zentrales Problem ist die fehlende Verfügbarkeit und Kontinuität vieler Bildungsangebote. Insbesondere Präsenzangebote, die in der Regel bevorzugt werden²⁰, finden häufig nur punktuell an einzelnen Standorten statt und sind nicht flächendeckend zugänglich⁷.

Gerade für Erwachsene zeigt sich zudem ein Mangel an informellen, aber gleichzeitig strukturierten Bildungsangeboten²⁰. Solche Formate sind jedoch entscheidend, um nicht nur punktuell zu informieren, sondern Kompetenzen nachhaltig aufzubauen und unterschiedliche Zielgruppen gezielt anzusprechen.

Damit verbunden ist eine weitere zentrale Herausforderung: die Heterogenität der Bevölkerung. Neben unterschiedlichen Altersgruppen – etwa Kindern und Erwachsenen – müssen auch vulnerable Gruppen mit spezifischen Bedürfnissen berücksichtigt werden. Gleichzeitig gilt es, Menschen zu erreichen, die bislang kaum Berührungspunkte mit dem Thema Bevölkerungsschutz hatten. Andernfalls besteht die Gefahr eines sogenannten Matthäus-Effekts: Personen mit höherer formaler Bildung, stabileren Lebensverhältnissen und bestehenden Vorkenntnissen nutzen Bildungsangebote häufiger und erweitern ihre Kompetenzen weiter, während andere Bevölkerungsgruppen kaum erreicht werden. Dadurch entsteht eine Teilhabelücke, die sich langfristig weiter vergrößern kann, ein Effekt, der durch digitale Angebote unter Umständen noch verstärkt wird²⁰.

[16] Südwestrundfunk (SWR). (2026). *Katastrophen-Curriculum: So meistern Schulen Krisen besser*. Zuletzt aufgerufen am: 23.04.2026. <https://www.swr.de/leben/katastrophen-curriculum-so-meistern-schulen-krisen-besser-100.html>.

[17] United Nations Office for Disaster Risk Reduction (UNDRR). (2026). *Teaching resilience: Stop Disasters Game – Teacher's Guide*. Zuletzt aufgerufen am: 22.04.2026. https://www.preventionweb.net/publication/documents-and-publications/teaching-resilience-stop-disasters-game-teachers-guide?utm_source=PreventionWeb+Newsletter&utm_campaign.

[18] www.max-und-flocke-helferland.de. (2026). *Max und Flocke*. Zuletzt aufgerufen am: 06.05.2026.

[19] Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge e. V. (DKKV). (2025). *Pixi Wissen jetzt auch als Video: Starkregen und Dürre kindgerecht erklärt*. Zuletzt aufgerufen am: 23.04.2026. <https://dkkv.org/pixi-wissen-jetzt-auch-als-video-starkregen-und-duerre-kindgerecht-erklart/>.

[20] Lacher, S., Rohs, M., Grossmann, J., & Fliegner, L. (2026). *Adult education for disaster preparedness. A cluster analysis of learning strategies and training needs in Germany*. *Studies in the Education of Adults*. <https://orcid.org/0000-0001-8841-4272>.

Ein weiteres Problem liegt in den Bildungsangeboten selbst: Konkretes Wissen führt nicht zwangsläufig zu veränderter oder verbesserter Vorbereitung. Entscheidend ist daher, stärker zu vermitteln, dass die erlernten Kompetenzen auch im Alltag angewendet werden müssen. Dieses Umsetzungsdefizit kann verschiedene Ursachen haben. Zum einen ist die individuelle Wahrnehmung potenzieller Gefahren häufig gering. Zum anderen wird die Verantwortung für den Selbstschutz vielfach nicht bei sich selbst, sondern primär beim Staat verortet³.

Zusätzlich beeinflussen auch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen die Bildung im Bevölkerungsschutz. Dazu zählt insbesondere das Risiko der zunehmenden Verbreitung von Falschinformationen sowie der Umgang mit ihnen⁷.

Neben diesen eher sozialen Herausforderungen ist die fehlende Flächendeckung auch auf strukturelle Rahmenbedingungen zurückzuführen. Bildung ist in Deutschland insbesondere im schulischen Bereich Ländersache, wodurch eine bundesweit einheitliche Umsetzung erschwert wird. Hinzu kommen häufig begrenzte finanzielle Mittel, die die Entwicklung und dauerhafte Etablierung entsprechender Bildungsangebote einschränken. Gleichzeitig fehlt es bislang an einer übergreifenden, kohärenten Strategie zur systematischen Verankerung von Bildung im Bevölkerungsschutz⁷.

Diese Probleme zeigen sich nicht nur in der allgemeinen Bildung im Bevölkerungsschutz, sondern auch besonders deutlich im schulischen Bereich. Dabei bieten Schulen grundsätzlich ideale Voraussetzungen: Sie ermöglichen eine flächendeckende, strategische und evaluierbare Vermittlung von Kompetenzen und können zugleich gezielt auf die individuellen Bedürfnisse von Schüler:innen eingehen. In der Praxis bestehen jedoch weiterhin erhebliche Umsetzungsdefizite. Dazu zählen insbesondere der Lehrkräftemangel sowie fehlende Aus- und Fortbildungsangebote für

Lehrkräfte in einem so spezifischen Themenfeld wie dem Bevölkerungsschutz⁷. Zudem mangelt es häufig an geeigneten Lehr- und Arbeitsmaterialien; für höhere Klassenstufen (10–12) existieren bislang beispielsweise gar keine umfassenden Unterrichtskonzepte. Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung eines strukturierten Gesamtkonzepts, etwa in Form eines Kompendiums von zentraler Bedeutung. Dieses sollte in Zusammenarbeit von Bund und Ländern sowie unter Einbeziehung von Fachleuten des Bevölkerungsschutzes, Pädagog:innen, Lehrbuchentwickler:innen sowie Schüler:innen und Eltern entstehen. Ein erster Schritt in diese Richtung ist das bereits erwähnte Curriculum von Prof. Besand. Ergänzend dazu ist es wichtig, Lehrkräften kontinuierliche Fort- und Weiterbildungsangebote bereitzustellen.

Eine weitere Herausforderung im schulischen Bereich ist die seit Jahren sanierungsbedürftige, marode Infrastruktur, für deren Instandsetzung die notwendigen finanziellen Mittel fehlen. In einem solchen Umfeld ist es schwierig, ausgerechnet Wissen über Sicherheit und Krisenbewältigung glaubwürdig zu vermitteln. Zudem können diese Bedingungen auch zu physischen und psychischen Belastungen führen. Viele Schüler:innen fühlen sich in der Schule ohnehin nicht uneingeschränkt wohl, etwa aufgrund von Leistungsdruck oder Mobbing. Ein unsicheres Lernumfeld erschwert daher zusätzlich die Vermittlung von Kompetenzen im Bevölkerungsschutz. Denn „Menschen, denen es psychisch nicht gut geht, verfügen nicht über die Ressourcen, die erforderlich wären, um weiteren bzw. zusätzlichen Herausforderungen gerecht zu werden“⁷.

Insgesamt wird deutlich, dass ein Schulsystem notwendig ist, das strukturelle Probleme gezielt angeht und ein sicheres Lernumfeld gewährleistet. Nur unter diesen Voraussetzungen können Schulen nicht nur Wissen über den Krisenfall vermitteln, sondern auch die notwendigen Kompe-

tenzen fördern, um Kinder zur Selbsthilfe, zur Selbst- und Mitbestimmung sowie zu solidarischem Handeln zu befähigen und so zur Entwicklung einer resilienten Gesellschaft beizutragen. Denn nur ein resilientes Bildungssystem kann langfristig auch Resilienz vermitteln²¹.

Fazit & Ausblick

Das Beispiel aus Kamaishi verdeutlicht, dass Katastrophenvorsorge insbesondere dort wirksam wird, wo Wissen nicht nur vermittelt, sondern in Handlungskompetenz übersetzt wird. Es zeigt zugleich, welches Potenzial in Bildung liegt, wenn sie systematisch und praxisnah gestaltet ist. Dem gegenüber steht in Deutschland eine Situation, in der sich ein großer Teil der Bevölkerung bislang kaum mit Notfallvorsorge auseinandergesetzt hat, ein Hinweis darauf, dass bestehende Bildungsangebote nicht ausreichend greifen oder strukturell verankert sind. Dabei betonen sowohl das Sendai-Rahmenwerk als auch die Deutsche Resilienzstrategie die Notwendigkeit, Wissen über Risiken zu stärken und entsprechende Kompetenzen in der Bevölkerung aufzubauen. Damit diese Zielsetzungen wirksam werden können, reicht es jedoch nicht aus, Bildung lediglich zu fordern, sie muss konsequent umgesetzt, zu-

gänglich gemacht und langfristig in bestehende Strukturen integriert werden.

Dies gilt umso mehr, da der Bevölkerungsschutz in Deutschland in hohem Maße auf Selbstschutz, Selbsthilfe und ehrenamtliches Engagement angewiesen ist. Bildung bildet hierfür die zentrale Grundlage, indem sie Menschen befähigt, Risiken zu verstehen, eigenständig zu handeln und Verantwortung zu übernehmen. Um dieses Potenzial auszuschöpfen, müssen bestehende Herausforderungen gezielt adressiert und Bildungsangebote so weiterentwickelt werden, dass sie unterschiedliche Bevölkerungsgruppen erreichen und nachhaltige Wirkung entfalten können.

Damit wird deutlich: Bildung ist kein ergänzender Baustein, sondern eine zentrale Voraussetzung für eine funktionierende Katastrophenvorsorge und eine resiliente Gesellschaft.

Unser herzlicher Dank gilt allen Mitwirkenden, die dieses Magazin mit ihrer Expertise und ihrem Engagement bereichert haben. Ein besonderer Dank gilt zudem Cennet Abs für die wertvolle Unterstützung bei der Entstehung dieser Ausgabe und des Leitartikels.

[21] Karutz, H. (2024). Bevölkerungsschutz an Schulen? Eine Einordnung der aktuellen Diskussion. Notfallvorsorge, 2/2024, S. 13–21. Walhalla Fachverlag. Zuletzt aufgerufen am: 23.04.2026. https://www.researchgate.net/publication/381551109_Bevölkerungsschutz_an_Schulen_Eine_Einordnung_der_aktuellen_Diskussion.

Cennet Abs wurde für Ihre Masterarbeit „Bedarfsanalyse und Konzept für ein Unterrichtskompendium zum Bevölkerungsschutz für die Schulklassen 10 bis 12“ der DKKV-Förderpreis 2025/2026 verliehen.

Ihr Konzept wird im Sommer 2026 publiziert und erscheint im Tectum Verlag.

Der Bevölkerungsschutz in Deutschland ist föderal organisiert und stützt sich in hohem Maße auf ehrenamtliche Strukturen. Können Sie zu Beginn kurz erläutern, wie dieses System aufgebaut ist und welche Rolle Freiwillige darin spielen?

Die bundesstaatlichen Strukturen des Bevölkerungsschutzes entsprechen dem föderalen System und die Aufgabenteilung für Bund und Länder ist durch die Verfassung definiert: Die Kompetenz der Gefahrenabwehr obliegt den Ländern, dem Bund die äußere Sicherheit und Verteidigung sowie der Schutz der Zivilbevölkerung. Das integrierte Hilfesystem setzt die Zusammenarbeit der bundesstaatlichen Systemarchitektur aller Verwaltungsebenen von der Kommune bis zum Bund voraus, wobei die Ebenensystematik drei Teilbereiche definiert: technisch-taktisch, operativ-taktisch und strategisch. So kann das integrierte Hilfesystem mit einer Vielzahl von Akteuren im Bevölkerungsschutz auf die Komplexität von Risiken und Gefahren reagieren und bildet eine leistungsstarke Gefahrenabwehrkette. Die Akteure im Bevölkerungsschutz sind neben den hauptamtlichen Mitgliedern bei der Berufsfeuerwehr und dem Rettungsdienst ebenso ehrenamtliche Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr und der anerkannten Hilfsorganisationen: Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsche-Lebensrettungsgesellschaft, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter Unfall-Hilfe, Malteser Hilfsdienst sowie privat-kommerzielle Unternehmen. Im Rahmen der Amtshilfe unterstützt das Technische Hilfswerk, eine Bundesanstalt mit bundesweiten - ehren-



Abb. 3: Cennet Abs | ©Cennet Abs

amtlich geführten - Ortsverbänden die Gefahrenabwehr. Neben den hauptamtlichen Akteuren sind laut BMI etwa 1,7 Mio. ehrenamtliche Helfer im Bevölkerungsschutz tätig und bilden einen unverzichtbaren Bestandteil des deutschen Bevölkerungsschutzes und des Krisenmanagements.

Aktuelle Studien zeigen zugleich, dass die reale Zahl tatsächlich aktiver Freiwilliger wohl deutlich niedriger liegt als häufig angenommen und viele Organisationen Schwierigkeiten sehen, Aufgaben, Nachwuchs und Leitungsfunktionen langfristig zu sichern. Wo sehen Sie hier die größten Herausforderungen?

Das allgemeine ehrenamtliche Engagement im Bevölkerungsschutz ist seit 1999 in Deutschland ungebrochen stark. Allerdings belegt eine Studie von Zivilgesellschaft in Zahlen (ZiviZ) im Stifterverband im Auftrag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) aus dem Jahr 2025, dass die Zahl der zeitaufwendig im Bevölkerungsschutz aktiven Personen zwischen 18-68 Jahren derzeit bei 998.323 Personen liegt- also deutlich unter den 1,7 Mio. Ehrenamtlichen. Hinzu kommt, dass die Netto-Zahlen der Ehrenamtlichen in 21.214 Vereinen schwer ermittelbar sind, da Freiwillige durchaus in mehreren Organisationen aktiv gemeldet und somit doppelt

gezählt werden. Die gleiche Studie belegt auch, dass die Hilfsorganisationen durchaus kritisch auf ihre Fähigkeit schauen, mit der gegebenen Zahl der Freiwilligen ihre Aufgaben zu erfüllen, neue aktive Mitglieder zu finden und Leitungspeditionen zu besetzen.

Der Bevölkerungsschutz lebt also von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Diese Voraussetzung zu fördern, zu stärken und durch Bildung oder durch Informationsangebote in einen Dialog mit Bürgern zu treten, ist Aufgabe des Staates. Die fehlende Informiertheit der Bevölkerung über die Grundlagen ihrer Sicherheit führt zu einem Rückgang der Zahlen von aktiven und einsatzfähigen Freiwilligen im Bevölkerungsschutz und bringt damit den Freiheitsanspruch des Rechtsstaatsgebotes und den Vorsorgeanspruch des Sozialstaatsgebotes in einen Konflikt, der zwar mit dem Rechtszwang (zwangsweise Heranziehung von Bürgern im Katastrophenfall) überbrückt aber nicht aufgelöst werden kann – ohne Freiheit aufzugeben.

Aus den theoretischen Überlegungen zu den Grundlagen des freiheitlichen Staates und aus den Freiwilligen-Zahlen ergeben sich ganz konkrete Handlungszwänge des Staates und der Kommunen, um den freiheitlichen Kern des demokratischen Verfassungsstaates, auch im Bevölkerungsschutz und gerade im Katastrophen-, Spannungs- oder Verteidigungsfall zu erhalten.

1. Eine Allgemeine staatlich organisierte Erfassung zu dem tatsächlichen Engagement und zur realen Einsatzstärke der ehren- und hauptamtlichen Kräfte im Bevölkerungsschutz. Es muss ein vergleichbares Wissen aufgebaut werden zum Datenmaterial, wie es der Bundeswehr über Wehrfähigkeit und Reservekräfte vorliegt.
2. Die Informiertheit der Bevölkerung über die Erwartungshaltung des Staates hinsichtlich des Selbstschutzes und der Selbsthilfe muss durch konkrete Bildungsmaßnahmen

aller politischen Ebenen erhöht werden.

3. Freiwilligkeit im Bevölkerungsschutz ist einerseits organisiert in Feuerwehren, Hilfsorganisationen und dem THW andererseits gegeben durch Spontanhelfende. Die Rekrutierung von Freiwilligen ist im Bevölkerungsschutz den Organisationen oder der inneren Haltung einzelner überlassen, anders als beim Wehrdienst, der nach dem neuen Modell durch staatlichen Zwang die Rekrutierung von Freiwilligen forciert. Für den Bevölkerungsschutz sollte in die gleiche Richtung gedacht werden, um die Bevölkerung resilienter zu machen.

In vielen Regelungen wird vorausgesetzt, dass Bürger:innen im Ernstfall helfen oder sich zumindest selbst schützen können. Gleichzeitig fehlt es vielerorts an systematischen Bildungs- und Informationsangeboten. Entsteht hier aus Ihrer Sicht eine Lücke zwischen Erwartung und tatsächlicher Vorbereitung?

Im Rahmen der Katastrophenbewältigung der Länder ist die Bevölkerung, z. T. ab dem 16. Lebensjahr und z. T. auch ohne Altersangaben, dazu verpflichtet bei Aufforderung Hilfe zu leisten. Eine solche Heranziehung zum Katastrophenschutz ist in 15 von 16 Landesgesetzen verankert.

Ergänzend sollten Bildungsangebote, wie z. B. Aufklärung der Bevölkerung und Förderung der Selbsthilfe festgeschrieben werden, damit die Bevölkerung ein Verständnis für mögliche Risiko- und Gefahrenpotenziale entwickelt und für die Hilfeleistungspflicht oder die Dienstverpflichtung entsprechende Selbstschutzzfähigkeiten ausgebildet. Allerdings werden die notwendigen Bildungsangebote nur in 9 von 16 Gesetzen zum Katastrophenschutz verankert. Sachsen, dessen Novelle im Januar 2024 in Kraft getreten ist, nennt als einziges Land die Schule als Bildungsstätte für die Vermittlung von Selbstschutzzinhalten, z. B. in Form von Veranstaltungen sowie Beratungsangeboten.

Auch der Bund hat in §28 ZSKG (Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz) eine Hilfeleistung durch die Bevölkerung verankert: Die zuständigen Behörden können Männer und Frauen ab dem 18. bis zum 60. Lebensjahr verpflichten, bei der Bekämpfung der besonderen Gefahren und Schäden, die im Verteidigungsfall drohen, Hilfe zu leisten, wenn die vorhandenen Kräfte im Einsatzfall nicht ausreichen. Dem stellt das ZSKG die Mitwirkung bei der Warnung der Bevölkerung, die Information der Bevölkerung über den Zivilschutz, insbesondere über Schutz- und Hilfeleistungsmöglichkeiten gegenüber. Der Abschnitt 2 des ZSKG weist die Verantwortung für den Selbstschutz den Gemeinden zu. Dabei bleibt aber der Bund dazu verpflichtet, Gemeinden und Gemeindeverbände beim Aufbau, der Förderung und der Leitung des Selbstschutzes der Bevölkerung, zu unterstützen.

In den betreffenden Gesetzen wird tendenziell eine Forderung an die Gesellschaft gestellt, die nicht untermauert wird mit ausreichenden Bildungsangeboten und ohne praktische Erfahrungen auch nicht vorausgesetzt werden kann.

Dafür hat die Diskussion zur Einbindung bevölkerungsschutzrelevanter Themen in den Unterricht seit 2021 eine neue Dynamik erhalten. Die Nachbereitung der Flutkatastrophe von 2021 stellte auch Forderungen an den Bildungssektor hinsichtlich eines breiteren Bildungsangebotes zum Umgang mit Gefahren und zum Verhalten in Katastrophensituationen. Diese Forderungen wurden noch deutlicher gestellt in der Diskussion über die Aufgaben der Bundeswehr, die nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine wieder zu ihrer klassischen Rolle in der Landes- und Bündnisverteidigung zurückfinden muss und nicht mehr gesichert die entstandenen Lücken im Bevölkerungsschutz - respektive in der durch Amtshilfe unterstützten Selbsthilfe - schließen kann. Denn durch die geänderte geopolitische Sicherheitslage um und in Deutschland, muss wieder Vorsorge für ein gleichzeitiges Szenario von Zivil-

schutz und Katastrophenschutz betrieben werden. Die Dringlichkeit einer länderübergreifenden Präventionskampagne zur Stärkung des Gefahrenbewusstseins und zur Steigerung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung wurde durch den Bundesrat aufgegriffen.

Wir wissen wenig darüber, welche Kompetenzen in der Bevölkerung eigentlich schon vorhanden sind. Wäre es aus Ihrer Sicht sinnvoll, dieses Potenzial stärker zu erfassen und sichtbar zu machen?

Die ersten beiden Gruppen in der Bevölkerung, die nicht hauptamtlich bereits bevölkerungsschutzrelevant arbeitet und angesprochen werden kann, effektiv im Katastrophenfall Bevölkerungsschutz zu leisten, sind Freiwillige in den Hilfsorganisationen sowie (in Friedenszeiten) ggf. Reservisten. Beide Gruppen sind über Organisationen erreichbar und erfasst. Aber es gibt eine Reihe von möglichen Helfenden, die vielleicht freiwillig tätig werden könnten, über Vorwissen im Bevölkerungsschutz verfügen und nicht durch Kommune, Land oder Bund erreicht werden können. Die Personalressourcen im Bevölkerungsschutz sind nicht systematisch erfasst und Spontanhelfende sind keine planbare Größe, um diese Lücke zu schließen. Denkbar wäre eine gesellschaftsweite und staatlich organisierte Erfassung von Bevölkerungsschutzpotentialen in der Gesellschaft, d.h. aller Bürgerinnen und Bürger ab dem 18. Lebensjahr. Diese Erfassung würde -ähnlich der Wehrerfassung- ein klares Bild der Personal- und Freiwilligensituation liefern und könnte die derzeitige Situation sogar regional kartographieren. Mögliche Fragen betreffen Alter, Wohnort, Geschlecht, Familienstand, Beruf, die Zugehörigkeit zu einem bevölkerungsschutzrelevanten Berufsfeld oder Arbeitgeber im Haupt- oder Nebenberuf, potenzielle Einsatzfelder (z. B. medizinisch, technisch, logistisch). Wichtig wäre, dass eine Behörde, wie das THW oder BBK auf Bundesebene mit ausreichenden finanziellen Mittel aus dem Bundeshaushalt gemeinsam mit den

Ländern diesen Fragebogen entwickelt und eine regionale Struktur aufbaut, die konkret als Kontaktstelle zur Vermittlung von Freiwilligen in die Organisationen dienen kann. Diese Erfassung und die nötigen Nacharbeiten zur Kontaktabstimmung zwischen Bevölkerung und organisiertem Bevölkerungsschutz wäre der erste Schritt zum Aufbau einer ‚zivilen Reserve‘.

Sie haben bereits erwähnt, dass die Bundeswehr über eine gute Datenlage für ihre Streitkräfte verfügt und im Rahmen des neuen Wehrdienstgesetzes werden ab diesem Jahr wieder Personen, die für den Wehrdienst in Frage kommen benachrichtigt und gemustert. Könnte der Bevölkerungsschutz nicht auf dieses System aufbauen?

Die neue Wehrrfassung sieht seit 2026 vor, dass alle Männer mit 18 Jahren verpflichtend erstens einen Fragebogen ausfüllen und sich zweitens einer medizinischen Musterung unterziehen. Die 18-jährigen Frauen erhalten den Fragebogen auch und können ihn freiwillig beantworten. Der eigentliche Wehrdienst bleibt freiwillig und wird nach Losverfahren erst in dem Fall verpflichtend, wenn zu wenige Freiwillige auf einer Zeitlinie bis 2035 den Grundwehrdienst ableisten, respektive die Vorgaben des Aufwuchskorridors der gesamten Bundeswehr nicht erfüllt sind. In diesem Fall kann es zu einer „Bedarfswehrpflicht“ kommen, die eigentliche Wehrpflicht bleibt bis auf Weiteres ausgesetzt.

Im Zusammenhang der Wehrrfassung sollte der Fragebogen um Fragen zum Interesse am zivilen Bevölkerungsschutz mitzuwirken, erweitert werden. Dies besonders, wenn angegeben wird, dass der Jugendliche nicht am freiwilligen Wehrdienst teilnehmen will. Ebenso angemessen, wie diese eher indirekte Nebenakquise, wäre die Erweiterung der bisherigen Regelung zu einer Dienstpflicht bei gleichzeitiger Einführung einer Grundausbildung Bevölkerungsschutz. Grundsätzlich bleibt der Wehrdienst auch dann freiwillig, wenn

es eine Wahlpflicht zwischen zivilem- und militärischem Dienst gibt. Dabei würden der Fragebogen und die Musterung sowohl den militärischen als auch den zivilen Bereich abdecken. Bei einer in diesem Sinne verstandenen Freiwilligkeit würde der staatliche Zwang lediglich an die Grundlagen der Freiheit erinnern und es dem Willen des Einzelnen überlassen, in welcher Form der Dienst erfüllt wird. Ausgehend von den Lücken in der bevölkerungsschutzrelevanten Bildung ist es dabei wichtig, nicht nur Praxis in einem gewissen Teil des Bevölkerungsschutzes zu erlernen, sondern diese Dienstzeit nach einem Curriculum zu strukturieren, das in medizinische, logistische, technische Module gegliedert ist und je nach Präferenz im weiteren Verlauf eines der Module vertieft. Dieses Curriculum würde nach Dauer und Anwendungsorientierung die Zivildienstzeit vergleichbar machen, konkrete Ausbildungsinhalte vermitteln und schließlich eine zivile Reserve aufbauen, die neben dem Haupt- und Ehrenamt zum verlässlichen Anker für Resilienz wird und ggf. dazu bewegt, sich nach der Dienstzeit haupt- oder nebenberuflich in einer Organisation des Bevölkerungsschutzes zu engagieren. Die Module würden federführend beim THW und gemeinsam mit den Feuerwehren sowie anerkannten Hilfsorganisationen erstellt und die Module durch die Freiwilligen dort wohnortnah absolviert. Eine solche Sichtbarkeit kann auch dazu führen, dass die Gruppe der Spontanhelfenden zu verschiedenen Zeitpunkten des Erwerbslebens -ähnlich wie beim Reservedienst- entscheidet, ebenfalls an einer solchen Ausbildung teilzunehmen.

Wir danken Ihnen für das Gespräch und Ihre Perspektiven auf das Thema.

Dr. Matthias Rohs, Professor für Erwachsenenbildung an der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität Kaiserslautern-Landau, Sprecher des Center for Interdisciplinary Disaster Research (CIDR), Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Ehrenamtliche Tätigkeit

Bildungsangebote im Bevölkerungsschutz für Erwachsene sind bislang nur begrenzt vorhanden. Worin sehen Sie die zentralen Gründe für diese Lücken und welchen Herausforderungen steht die Erwachsenenbildung in diesem Bereich gegenüber?

Das Fehlen von Bildungsangeboten im Bevölkerungsschutz ist kein Problem, das nur die Erwachsenenbildung betrifft – es zieht sich durch den gesamten Bildungsbereich. Aber klar ist auch: Wenn wir über Bevölkerungsschutz reden, ist die Erwachsenenbildung der entscheidende Bereich. Und da lohnt es sich, genauer hinzuschauen, weil wir es mit sehr unterschiedlichen Zielgruppen zu tun haben: Einsatzkräfte im Katastrophenschutz, Beschäftigte in Unternehmen – vor allem in der kritischen Infrastruktur – und die allgemeine Bevölkerung.

Bei Feuerwehren, THW, Hilfsorganisationen und der öffentlichen Verwaltung liegt die Verantwortung bei den Organisationen selbst. Was ich dort sehe: Die Inhalte müssen dringend an aktuelle Herausforderungen angepasst werden, und die Angebote müssen ausgeweitet werden. Dafür braucht es mehr Personal in der Weiterbildung und dieses Personal muss auch erwachsenenpädagogisch professionell aufgestellt sein.

In den Unternehmen ist die Ausgangslage eine andere. Dort fehlt es zunächst schlicht an Bewusstsein für das Thema. Bevor man über konkrete Angebote nachdenkt, muss erst einmal klar sein, welche Kompetenzen in welchen Bereichen überhaupt gebraucht werden.

Am komplexesten ist die Situation für die allge-



Abb. 4: Mathias Rohs | ©Sebastian Görner

meine Bevölkerung. Weiterbildung ist hier freiwillig – das heißt, die Menschen müssen erstens die Notwendigkeit selbst erkennen und zweitens ein Angebot finden, das zu ihrem Leben passt. Das betrifft Inhalte genauso wie Formate. Die Zielgruppen sind sehr divers, und ein Angebot funktioniert nur, wenn es den konkreten Bedarf wirklich trifft. Was mich dabei besonders beschäftigt: Gerade diejenigen, die Weiterbildung am dringendsten bräuchten, sind oft am schwersten zu erreichen.

Welche Ansätze oder Beispiele gelungener Praxis sehen Sie aktuell in der Erwachsenenbildung im Bevölkerungsschutz?

Gelungene Angebote zeichnen sich dadurch aus, dass sie den tatsächlichen Bedarf treffen. Das kann der Volkshochschulkurs auf dem Land sein, aber genauso ein Erste-Hilfe-Kurs mit Selbstschutzzinhalten. Dabei sollten wir nicht vergessen: Lernen findet nicht nur in Kursen statt. Informationsseiten, Videos, Podcasts, Bücher – der Mix der Formate ist entscheidend.

Und noch etwas scheint mir wichtig: Es geht nicht nur um das, was explizit mit „Bevölkerungsschutz“, „Brandschutz“ oder „Erste Hilfe“ überschrieben ist. Resilienz – und ich verwende diesen Begriff hier bewusst etwas breiter – umfasst weit mehr: die Fähigkeit, sich selbst und anderen in kritischen Situationen zu helfen. Auch

einfache handwerkliche Fertigkeiten, Campingerfahrungen oder Angebote zur Stärkung mentaler Kompetenzen können dazu einen echten Beitrag leisten.

Was mir besonders am Herzen liegt: Wir sollten die Bevölkerung nicht nur belehren, sondern sie aktiv einbinden – bei der Frage, welche Rolle sie im Bevölkerungsschutz leisten kann und leisten will. Hier sehe ich großes Potenzial in Ansätzen der Community Education, also in gemeinschaftlich getragenen Bildungsangeboten in überschaubaren sozialen Gemeinschaften, wie wir sie beispielsweise aus Japan kennen.

Welche Rolle kann Digitalisierung dabei spielen, mehr Menschen für Themen der Notfallvorsorge zu erreichen und wo sehen Sie dabei Grenzen?

Digitalisierung ist für mich kein Selbstzweck – sie folgt den pädagogischen Anforderungen, was manchmal aus lauter Technikeuphorie vergessen wird. Digitale Angebote machen dort Sinn, wo Menschen zeitlich flexibel lernen wollen, wo Gefahren visualisiert oder simuliert werden müssen oder wo es um die Anleitung praktischer Fertigkeiten geht, wenn Expertise vor Ort fehlt und keine pädagogische Fachkräfte vor Ort sind. Ein weiterer Vorteil: Über digitale Inhalte, zum Beispiel über Social Media, lässt sich viel leichter an bestehende Mediengewohnheiten und Nutzungsverhalten anknüpfen und damit überhaupt erst Aufmerksamkeit erzeugen. Das gilt übrigens nicht nur für junge Erwachsene.

Aber es gibt natürlich auch Grenzen. Die sehe ich vor allem dort, wo Inhalte schlecht aufbereitet sind und damit hohe Anforderungen an selbstständige Lernen stellen. Oder dort, wo digitale Angebote zwar Wissen vermitteln, aber keine echten Handlungskompetenzen aufbauen. Und nicht zuletzt dort, wo komplexe Anwendungen zusätzliche Hürden erzeugen und demotivieren oder technische Spielereien den pädagogischen

Mehrwert in den Hintergrund drängen. Dann macht die Nutzung vielleicht Spaß, bringt aber keinen Lernerfolg. Und auch die Motivation die digitale Lernanwendungen am Anfang bringen können, verpufft schnell, wenn kein Mehrwert damit erzeugt wird.

DKKV: Was würden Sie sich zukünftig von der Politik wünschen, wenn es um das Thema Bildung im Bevölkerungsschutz geht?

Man merkt in der Politik oft eine gewisse Diskrepanz: Bildung wird rhetorisch viel Bedeutung beigemessen, die tatsächlichen Investitionen sind aber eher begrenzt. Und wenn dann Handlungsdruck entsteht, wird reflexartig die Schule als Lösung genannt – das sehen wir gerade auch beim Thema Bevölkerungsschutz. Was dabei verkannt wird: Die Schule ist bereits jetzt überlastet. Schulbildung ist außerdem nur dann wirksam, wenn die Inhalte später wiederholt und vertieft werden. Und der oft erhoffte Multiplikatoreneffekt über die Eltern ist sehr voraussetzungsvoll und damit in der Praxis begrenzt.

Was ich mir wünsche, ist ein umfassendes Bildungskonzept, das alle Bildungsbereiche einbezieht – so, wie es beispielsweise in der Ukraine der Fall ist. Dafür brauchen wir pädagogische Expertise in diesem Feld, die bislang nur begrenzt vorhanden ist. Die Politik muss hier eine koordinierende Rolle übernehmen: die wesentlichen Akteure zusammenbringen und gemeinsam tragfähige Lösungen entwickeln. Das wäre aus meiner Sicht der entscheidende erste Schritt.

Wir danken Ihnen für das Gespräch und Ihre Perspektiven auf das Thema.

Prof. Dr. Harald Karutz ist Diplom-Pädagoge und Professor für Psychosoziales Krisenmanagement an der MSH Medical School Hamburg. Er forscht und lehrt zu pädagogischen, psychologischen und sozialwissenschaftlichen Fragestellungen im Bevölkerungsschutz und ist u. a. Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Welche Bildungsziele sollten im Bevölkerungsschutz angestrebt werden?

In Notfällen, Krisen- und Katastrophen sollte natürlich verantwortungsbewusst, angemessen und kompetent gehandelt werden können, um die jeweilige Situation bestmöglich zu bewältigen. Damit dies gelingt, reicht die bloße Vermittlung von Informationen und „Aufklärung“ – z. B. mit Broschüren – aber längst noch nicht aus: Wissen allein erzeugt keine Handlungskompetenz. Auch genügt es nicht, nur einzelne, technische „Skills“ zu trainieren, etwa die Anwendung eines Feuerlöschers oder das Durchführen von Erste-Hilfe-Maßnahmen.

Wünschenswert wäre es, gezielt viele einzelne Teilkompetenzen zu fördern, die erst im Zusammenwirken tatsächliche Handlungskompetenz entfalten. In unserem Forschungsprojekt zur Entwicklung einer bereichsspezifischen, kompetenzorientierten Bevölkerungsschutzdidaktik, das vom BBK finanziert worden ist, haben wir insgesamt 50 Teilkompetenzen identifiziert, die für den Bevölkerungsschutz von besonderer Bedeutung sind. Dazu gehören zum Beispiel auch Emotionsregulation, Solidaritätsfähigkeit, Improvisationsfähigkeit, Kreativität und Flexibilität. Nach hilfreichen Informationen suchen und diese verifizieren zu können ist ebenfalls wichtig, um nicht auf „Fake-News“ hereinzufallen. Individuelle Resilienz zu fördern sowie Risiken frühzeitig erkennen und sachgerecht bewerten zu können, stellen weitere Bildungsziele dar.

Außerdem kommt noch hinzu, dass eine bestimmte innere Haltung notwendig ist, um sich



Abb. 5: Harald Karutz | ©Harald Karutz

überhaupt mit möglichen Unglücken und Bedrohungsszenarien zu beschäftigen und darüber nachzudenken, was all diese Themen für jeden einzelnen und unsere Gesellschaft bedeuten. An dieser Haltung zu arbeiten, stellt eine anspruchsvolle Herausforderung dar. Auf jeden Fall sollten Bildungsziele viel umfassender gedacht und angegangen werden als nur darauf zu fokussieren, dass in jedem Haushalt Notvorräte angelegt werden und jeder verschiedene Sirensignale kennt. Selbstverständlich sind diese Aspekte wichtig – aber dies allein greift zu kurz.

Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit sich notwendige Handlungskompetenzen überhaupt entwickeln lassen?

Auf der individuellen Ebene muss zunächst einmal erkannt werden: Notfälle, Krisen und Katastrophen betreffen auch mich selbst, und bestimmte Szenarien sind auch für mich selbst *relevant*. Dazu trägt Risikokommunikation bei, die verständlich und zielgruppenspezifisch angepasst dazu motivieren sollte, sich mit persönlicher Notfallvorsorge und Selbsthilfekompetenz zu beschäftigen, ohne in einer übertriebenen Weise Ängste zu schüren und dadurch vielleicht sogar psychologische Abwehrmechanismen zu aktivieren.

Auf einer systemischen Ebene gehört die Vermittlung von Handlungskompetenzen für Notfälle, Krisen und Katastrophen als Thema in die Erwachsenenbildung, v. a. aber in die Lehrpläne an Schulen. Aktuell wird dies ja auch im „Pakt für

den Bevölkerungsschutz“ angestrebt, was aus meiner Sicht richtig und zu begrüßen ist. Einzelne Unterrichtsstunden oder isolierte Projektstage zum Bevölkerungsschutz sind allerdings suboptimal. Wichtig wäre es, die angesprochenen Teilkompetenzen über einen längeren Zeitraum gezielt zu fördern und zu entwickeln. Dafür sind eine bildungstheoretische Fundierung und eine curriculare Verankerung erforderlich. Im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, um ein positives Beispiel zu nennen, geschieht gerade genau dies: Dort wird herausgearbeitet, in welchen Fächern bereits Anknüpfungspunkte vorhanden sind, um Resilienz zu fördern. Diese Aspekte werden miteinander vernetzt, um die Vermittlung von Handlungskompetenz im Bevölkerungsschutz als eine fächerübergreifende Querschnittsaufgabe von Schulen zu begreifen. Diese Herangehensweise gefällt mir ausgesprochen gut.

Insgesamt wirkt sich Föderalismus in diesem Bereich allerdings eher ungünstig aus: Jedes Bundesland entwickelt nun wieder unterschiedliche Konzepte, weil Bildung natürlich in der Länderzuständigkeit liegt. In der Nationalen Resilienzstrategie der Bundesregierung wird explizit auf die Bedeutung von Bildung für die Entwicklung einer resilienten Gesellschaft hingewiesen. Im entsprechenden Umsetzungsplan spielen krisen- und katastrophenbezogene Bildungsangebote für die Bevölkerung aber eine eher untergeordnete Rolle, weil man hier offenbar v. a. die Länder in der Verantwortung sieht. Ein bundesweit einheitliches Gesamtkonzept aus einem Guss entsteht auf diese Weise jedoch nicht. Ich würde mir deshalb eine interministerielle Bund-Länder-Arbeitsgruppe wünschen, die bevölkerungsschutzpädagogische Leitlinien erarbeitet. Die Innen-, Kultus- und Gesundheitsressorts aus Bund und Ländern müssten in dieser Hinsicht enger und konstruktiver zusammenarbeiten, als es bislang geschieht. Das BBK könnte mit der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung eine

zentrale Koordinationsaufgabe übernehmen.

Ein anderer Aspekt ist etwas Methodisch-Didaktisches: Der Umgang mit Notfällen, Krisen und Katastrophen ist emotional aufgeladen und stellt auch aus vielen anderen Gründen eine schwierige Herausforderung dar. Wie man diese Themen im Schulunterricht pädagogisch professionell, verantwortungsbewusst und u. a. auch traumasensibel vermitteln kann, sollte in die Ausbildung angehender Lehrkräfte integriert werden. Aktuell ist es so, dass viele Lehrkräfte sich in dieser Hinsicht selbst nicht gut vorbereitet fühlen. Wer jedoch unsicher und verunsichert ist, wird kaum Sicherheit vermitteln können. Deshalb sollte entsprechende Unterstützung angeboten werden. Geeignete Materialien für den Unterricht gibt es bislang allerdings nur wenige, und die bereits verfügbaren Angebote wie z. B. das Max-und-Flocke-Programm des BBK sind in Schulen kaum bekannt und verbreitet.

Welche Rolle spielen psychosoziale Aspekte?

Psychosoziale Aspekte sind aus meiner Sicht für den Bevölkerungsschutz sehr bedeutsam, sie werden in ihrer Bedeutung teilweise aber noch immer unterschätzt. Mit Ängsten und Sorgen, Extremstress sowie mit Ohnmachts- und Überforderungsgefühlen angemessen umzugehen, ist für die Entwicklung von Handlungskompetenz in Notfällen, Krisen und Katastrophen extrem wichtig. Deshalb sollten gerade diese Aspekte in Bildungsprozessen für den Bevölkerungsschutz besonders in den Blick genommen werden.

Es gibt auch eine inhaltliche Verbindung zwischen Bildungsthemen im Bevölkerungsschutz und der Gesundheitsförderung bzw. der Entwicklung von Gesundheitskompetenz im Allgemeinen. Diese beiden Bereiche werden in der Praxis allerdings kaum zusammengedacht. Im Bevölkerungsschutz liegt der Fokus meist auf psychischen und körperlichen Verletzungen; bei der Entwicklung von Gesundheitskompetenz geht es häufig um Ernährung, Bewegung, Umgang mit

Suchtmitteln und anderes. Die Bewältigung von Notfällen, Krisen und Katastrophen erfordert jedoch vielfältige weitere psychosoziale Kompetenzen, die an der Schnittstelle zwischen Gefahrenabwehr und Gesundheitsförderung stärker gefördert werden könnten als bisher.

Dass einige Zusammenhänge in diesem Bereich nicht gesehen werden, zeigt sich an einem seltenen Paradoxon: Einerseits werden 10 Milliarden investiert, um den Bevölkerungsschutz zu stärken und für eine krisenfestere Gesellschaft zu sorgen. Gleichzeitig wird an psychosozialen Unterstützungsangeboten für Kinder und Jugendliche massiv gespart. Das Mental-Health-Coaches-Programm wurde z. B. abrupt beendet. Für die Etablierung von Schulgesundheitsfachkräften ist keine ausreichende Finanzierung vorhanden. Die personell chronisch unterbesetzte Schulsozialarbeit und Schulpsychologie wird den gegebenen Hilfebedarfen vielerorts nicht einmal ansatzweise gerecht. Die Honorierung von Therapieangeboten wurde erst vor kurzem gekürzt.

Hier passen strategische Entscheidungen m. E. nicht zusammen. Zahlreiche Studien weisen darauf hin, dass ein erheblicher Teil der Kinder und Jugendlichen in Deutschland psychisch belastet ist und Auffälligkeiten zeigt. Wenn aber schon im Alltag keine psychische Stabilität vorhanden ist, brauchen wir über Resilienz in Katastrophen und Zivilschutzlagen gar nicht erst zu sprechen. Deshalb sollte gerade auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen besonders geachtet werden. Auch dies gehört zum Bevölkerungsschutz: Eine krisenfeste Gesellschaft von morgen beginnt mit der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen heute.

Wo sollten aus Ihrer Sicht Schwerpunkte von Bildungsangeboten im Bevölkerungsschutz liegen, damit Menschen im Ernstfall tatsächlich handlungsfähig sind?

Anknüpfend an meine Antwort auf die vorherige Frage würde ich zunächst einmal vorschlagen,

für eine Stärkung von Gesundheit, Wohlbefinden und gesellschaftlichem Zusammenhalt *im Alltag* zu sorgen! Wer im Alltag stabil ist und gute Ressourcen hat, der bleibt wahrscheinlich auch in Notfällen, Krisen und Katastrophen relativ stabil. Jedes Bildungsangebot, das Gesundheit, Wohlbefinden und Zusammenhalt thematisiert, ist insofern immer auch ein Beitrag zum Schutz der Bevölkerung – das stellt den sehr weit gefassten, übergeordneten Gesamtzusammenhang dar.

Dann gibt es natürlich „spezialisierte“ Bildungsangebote – etwa Erste-Hilfe-Kurse, in denen auch einige Hinweise zu größeren Schadenslagen gegeben werden. Hier geht es um konkrete, einzelne Schutzmaßnahmen und hilfreiche Verhaltensweisen in konkreten Notfall- und Krisensituationen, was ja auch richtig ist. Allerdings könnten zielgruppenspezifische, v. a. auch kultur-, milieu- und diversitätssensible Differenzierungen weiter ausgebaut werden. Ganz klassische, tradierte Kursformate entsprechen eher einem Gießkannenprinzip, und viele Teilgruppen der Bevölkerung werden durch solche „Beschulungsmaßnahmen“ überhaupt nicht erreicht.

Aus diesem Grund sollte der Setting-Ansatz eine stärkere Beachtung finden: In den jeweiligen Lebenswelten sollte mit Menschen gemeinsam überlegt werden, was sie in ihrer Situation und ihrem Umfeld tun könnten, um für Notfälle vorzusorgen und möglichst gut gerüstet zu sein. Es geht also nicht darum, dass Experten von außen sagen, was denn nun richtig und wünschenswert ist, sondern dass jeder einzelne als Experte für sich selbst ernst genommen und gewürdigt wird. Hier wird auf Partizipation, Empowerment und auf die Stärkung vorhandener Ressourcen Wert gelegt – nicht darauf, dass man „etwas beigebracht bekommt“.

In diesem Sinne würde ich auch einen Fokus darauf legen, bereits bestehende Netzwerke zu unterstützen. Ebenso wie im Schulunterricht könnte z. B. auch im Sportverein, im Tanzclub,

in Siedlungsgemeinschaften, am Arbeitsplatz und beiden Pfadfindern darüber gesprochen werden, wie man sich in Notfällen, Krisen und Katastrophen gegenseitig unterstützen kann.

Abschließend würde ich gern noch auf ein wirklich großes Defizit hinweisen: Es muss m. E. viel deutlicher werden, *wofür* wir Selbsthilfefähigkeit überhaupt benötigen. Aktuell wird die Bedrohung durch einen russischen Aggressor sehr stark in den Vordergrund gestellt. Mit solchen Furchtappellen wird die erhoffte Wirkung allerdings kaum erzielt. Deutlich werden müsste zunächst einmal, dass sowohl Zivil- als auch Katastrophenschutz sehr viel mit unserem Leben in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit zu tun hat – und dass es um die Aufrechterhaltung gemeinsamer Werte sowie unserer demokratischen Grundordnung geht. Dies deutlich zu machen, sollte auf jeden Fall ein Schwerpunkt von Bildungsangeboten im Bevölkerungsschutzkontext sein.

In der Schweiz wird in diesem Zusammenhang übrigens auch von „geistiger Landesverteidigung“ gesprochen. Dieser Begriff intendiert, dass es im Bevölkerungsschutz eben nicht um Vorbereitungen für einen Krieg, sondern letztlich immer um die Sicherung von Frieden und die Bewahrung von ideellen und materiellen Schutzgütern vor Schaden gehen muss. Wenn für den Schutz dessen motiviert werden soll, was eigentlich „gut“ ist – dann muss genau darüber aber erst einmal nachgedacht werden. Solche Reflexionen würde ich als eigentlichen Kern bevölkerungsschutzbezogener Bildung verstehen – sie finden in der öffentlichen und politischen Diskussion bislang allerdings nur sehr eingeschränkt statt.

Wir danken Ihnen für das Gespräch und Ihre Perspektiven auf das Thema.

Sarah Mc Nelis ist Lehrerin am Georg-Kerschensteiner-Berufskolleg in Troisdorf.

Sie ist überzeugte Europäerin und legt Wert auf strukturierte und praxisnahe Lösungen.

Welche Rolle spielen Themen wie Bevölkerungsschutz und Notfallvorsorge aktuell in der schulischen Praxis, insbesondere an Ihrem Berufskolleg?

Themen wie Bevölkerungsschutz und Notfallvorsorge gewinnen auch in der schulischen Praxis zunehmend an Bedeutung. An unserem Berufskolleg werden diese Inhalte bislang vor allem punktuell in verschiedenen Bildungsgängen aufgegriffen, etwa im Kontext von Gesundheit, Sozialwesen, Technik oder Wirtschaft. Beispiele sind Erste-Hilfe-Maßnahmen, Krisenkommunikation oder organisatorische Abläufe im Notfall.

Gleichzeitig zeigt sich jedoch, dass eine systematische und fächerübergreifende Verankerung noch ausbaufähig ist. Genau hier setzen wir mit unserem [Erasmus+-Projekt ERDAI \(Empowering Resilience through Digital Approaches and Inclusion\)](#) an: Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern möchten wir diese Themen stärker strukturiert, inklusiv und praxisnah in den Unterricht integrieren und Lehrkräfte dabei gezielt unterstützen.

Haben Sie in den letzten Jahren Veränderungen oder neue Entwicklungen in diesem Bereich wahrgenommen, etwa durch neue Initiativen, Materialien oder Anforderungen?

Ja, auf jeden Fall! In den letzten Jahren hat sich das Bewusstsein für die Relevanz von Krisenvorsorge deutlich geschärft, auch durch Ereignisse wie die Pandemie, Extremwetterlagen oder auch sicherheitspolitische Entwicklungen. Wir merken das auch ganz konkret im Schulalltag, denn einige unserer Schülerinnen und Schüler haben zum Beispiel selbst Erfahrungen mit dem Hochwasser im Ahrtal gemacht.



Abb. 6: Sarah Mc Nelis | © Sarah Mc Nelis

Diese Entwicklungen spiegeln sich auch auf europäischer Ebene wider. Es gibt immer mehr Initiativen und Programme, die gezielt Kompetenzen in den Bereichen Resilienz, Krisenmanagement und Zivilschutz fördern. In diesem Zusammenhang sind viele neue Materialien und Projektansätze entstanden, die Schulen nutzen können. Allerdings sind diese oft noch nicht ausreichend auf die konkrete Lebensrealität und die Bedürfnisse von Berufsschülerinnen und -schülern zugeschnitten. Auch hier setzt ERDAI gezielt an.

Was ist das übergeordnete Ziel des Projekts ERDAI und was sind Highlights der Aktivitäten?

Das Ziel von ERDAI als Erasmus+-Projekt ist es, junge Menschen europaweit besser auf Krisensituationen vorzubereiten und ihre Handlungskompetenz zu stärken. Dabei arbeiten wir eng mit Partnerschulen aus Deutschland, Frankreich und Polen zusammen und entwickeln gemeinsam mit dem Deutschen Komitee Katastrophenvorsorge e.V. (DKKV) innovative Ansätze für die schulische Praxis.

Ein besonderer Fokus liegt auf zwei Formen von Resilienz:

1. Psychologische Resilienz

Hier geht es darum, wie junge Menschen mit Unsicherheit, Stress und Krisen umgehen. Wir stärken ihre persönliche Widerstandskraft durch Übungen, Reflexion und praktische Methoden. Zusätzlich entwickeln wir digitale Angebote, zum Beispiel KI-gestützte Lernunterstützung, die individuell auf die Schülerinnen und Schüler eingehen können.

2. Resilienz im Sinne der Risikokommunikation und Handlungskompetenz

Hier steht die Frage im Mittelpunkt: *Was kann ich konkret tun, wenn etwas passiert?* Wenn junge Menschen wissen, wie sie in einer Krise reagieren können, fühlen sie sich sicherer und haben weniger Angst. Deshalb vermitteln wir klare Handlungsstrategien und üben konkrete Szenarien.

Wichtige Bestandteile sind deswegen internationale Projekttreffen, praxisnahe Szenarien und Simulationen sowie der Einsatz digitaler Lernformate, die den Unterricht modern und lebendig gestalten.

Ein besonderes Highlight des Projekts ist die gemeinsame Entwicklung eines Serious Games mit unseren europäischen Partnern. Dieses Spiel ermöglicht es den Lernenden, Krisensituationen interaktiv zu erleben und Entscheidungen zu treffen. So können sie auf spielerische Weise wichtige Kompetenzen aufbauen. Im Herbst treffen wir uns in Polen, um diesen Projektbereich weiter voranzubringen.

Der europäische Austausch ist für uns ein zentraler Bestandteil der Zusammenarbeit, denn wir lernen unterschiedliche Perspektiven auf Bevölkerungsschutz kennen und entwickeln gemeinsam Lösungen. Gleichzeitig hat das Projekt auch eine gesellschaftliche und politische Dimension, denn wir sind überzeugt, dass sich große Heraus-

forderungen nur gemeinsam in Europa bewältigen lassen.

Was wäre aus Ihrer Perspektive von der Politik wünschenswert, damit das Thema Bevölkerungsschutz mehr Raum in Schulen findet?

Aus unserer Sicht wäre es wichtig, dem Thema eine klarere strukturelle Verankerung in den Bildungsplänen zu geben. Solange Bevölkerungsschutz überwiegend projektbezogen oder freiwillig behandelt wird, bleibt die Umsetzung zu stark von einzelnen engagierten Lehrkräften abhängig.

Wünschenswert wären verbindliche curriculare Vorgaben oder zumindest klare Empfehlungen, die durch gezielte Fortbildungsangebote für Lehrkräfte unterstützt werden. Von unserem Träger werden wir bereits wirklich gut unterstützt. Zusätzliche finanzielle und organisatorische Impulse (auf Landesebene) sowie eine noch engere Vernetzung zwischen Schulen und Akteuren des Bevölkerungsschutzes (zum Beispiel Feuerwehr, THW oder Rettungsdienste) könnten die Umsetzung weiter fördern. Ein verbindlicher jährlicher Projekttag zu diesem Thema wäre ebenfalls sehr sinnvoll.

Darüber hinaus ist es wichtig, Bevölkerungsschutz als grundlegende Lebenskompetenz zu verstehen und auch als gemeinsame europäische Aufgabe. Gerade an Berufskollegs, an denen junge Menschen auf das Berufsleben vorbereitet werden, bietet sich hier ein enormes Potenzial, das stärker genutzt werden sollte.

Wir danken Ihnen für das Gespräch und Ihre Perspektiven auf das Thema.

Kunstbasierte Bewältigung in und nach Katastrophen

Von TransKat Collective: An diesem Beitrag mitgewirkt haben Partner:innen des TransKat-Forschungsprojekts sowie hauptamtlich Forschende: Gianna Balaban, Beatrix Biskup, Annette Fell, Erik Heneka, Alexander Knauf, Kirsten Knieps, Nina Nachtsheim, Andrea Schmelz, Caroline Schmitt, Gertrud Simonis, Thirza Uhr, Rebekka Wolf.

Korrespondierende Autorin: Caroline Schmitt, Dr. habil., ist Professorin für Ecosocial Work and Care an der Frankfurt University of Applied Sciences.

Kontakt: caroline.schmitt@fra-uas.de, info@caroline-schmitt.eu



Abb. 7: Caroline Schmitt | ©FrankfurtUAS

Forschungsdiesiderat und Pionierforschung

Kunstbasierte Formen von Bewältigung werden in der deutschsprachigen Katastrophenforschung bisher noch wenig bedacht und sind Gegenstand des von der VolkswagenStiftung geförderten Pionierforschungsprojekts „Transformationswissen für die Katastrophenforschung“ ([TransKat](#)) an der Frankfurt University of Applied Sciences (Leitung Caroline Schmitt) und Hochschule Coburg (Leitung Andrea Schmelz). TransKat untersucht in einem partizipativen Forschungsansatz Erfahrungen und Bewältigungsprozesse gemeinsam mit Personengruppen, Communities sowie sozialpädagogischen Fachkräften, Wohlfahrtsverbänden und sozialen Initiativen, welche die Flut selbst erlebt haben oder in die Bewältigung ihrer Folgen involviert sind^{1,2}.

Obwohl kunstbasierte Zugänge international zunehmend als bedeutsame Komponenten in der Katastrophenbewältigung und Resilienzförderung

anerkannt werden^{3,4}, liegen im deutschsprachigen Raum hierzu wenige Forschungsarbeiten vor.

Die internationale Studienlage zeigt, dass kunstbasierte Bewältigungsarbeit in und nach Katastrophen Betroffene und Communities unterstützen kann, Katastrophenerfahrungen zu verarbeiten sowie die Handlungs- und Bewältigungsfähigkeit und das Wohlbefinden zu stärken (ebd.); zugleich stoßen kunstbasierte Zugänge eine verbesserte Katastrophenvorsorge an. Die sozialarbeiterische Katastrophenforschung zu kunstbasierten Zugängen betont, dass Kreativität in und nach Katastrophen neue Bewältigungsstrategien für erlittene Verluste, Belastungen und Leiderfahrungen ermöglicht. Kunstbasierte Methoden eröffnen neue Räume für psychosoziale Unterstützung, Erholung und Wiederaufbau^{5,6}.

Gemeinsames Forschen und Entwickeln

Das Forschungsprojekt verortet sich sowohl in einem kunstbasierten Zugang als auch in der citi-

[1] Schmelz, A./Schmitt, C. (2023): Katastrophenhilfe als sozialarbeiterisches Handlungsfeld. *Green Social Work und die Flutkatastrophe im Ahrtal*. *Blätter der Wohlfahrtspflege* 170(5), 163–166.

[2] Eick, J./Kirschner, R./Schmelz, A./Schmitt, C. (2025): Katastrophenhilfe und Soziale Arbeit – das Forschungsprojekt „TransKat“. *Notfallvorsorge* 56(3), 10–14.

[3] Hooker, C./Kennedy-Borissow, A./Beaumont, N./Galet-Lalande, I. (2025): How arts and cultural activities can reduce disaster risk and improve recovery outcomes: An interdisciplinary scoping review with thematic synthesis. *Progress in Disaster Science* 29, <https://doi.org/10.1016/j.pdisas.2025.100501>

[4] Arslanbek, A./Wolf Bordonaro, G. P./Feen-Calligan, H./Dieterich-Hartwell, R./Kaimal, G. (2025): Arts-Based Psychosocial Support Trainings in Humanitarian Emergencies: A Scoping Review. *Art Therapy*, 1–10. <https://doi.org/10.1080/07421656.2025.2458914>

[5] Tudor, R./Maidment, J. (2025): Art and Craft Making in Post-Earthquake Canterbury: Implications for Social Work. In: Adamson, C./Alston, M./Bennett, B./Boddy, J./Boetto, H./Harms, L./Tudor, R. (Eds.): *The Routledge International Handbook of Social Work and Disaster Practice*. Abingdon, Oxon; New York, NY: Routledge, 293–306.

[6] Gavron, T. (2020): The power of art to cope with trauma: Psychosocial intervention after the tsunami in Japan. *The Journal of Humanistic Psychology* 65(3). <https://doi.org/10.1177/0022167820982144>.

Kunstbasierte Bewältigung in und nach Katastrophen

zen-science und partizipativen Forschung. Diesen Zugängen ist das Anliegen inhärent, nicht bloß ‚über‘ Personen und Communities, sondern mit ihnen gemeinsam zu forschen, soziale Wirklichkeiten zu gestalten und diese im Idealfall zu verändern. Vor dem Hintergrund zunehmender Katastrophen- und Krisenlagen wird dieser Zugang auch in der Katastrophenhilfe und -forschung immer wichtiger. Personen, Communities und Fachkräfte mit katastrophenbedingtem Erfahrungswissen, erfahrenem Leid, aber auch Handlungsfähigkeiten können die Entwicklung von Katastrophenresilienz und sozialem Zusammenhalt mit ihrem Wissen maßgeblich bereichern. Ihre Expertise verlangt nach noch mehr Sichtbarkeit, Würdigung und Verzahnung an den Schnittstellen von Katastrophenhilfe, Sozialer Arbeit und Pädagogik.

Transformationsworkshops für eine sozial verankerte Katastrophenhilfe

Im Zuge des Forschungsprozesses fanden im Januar 2026 zwei Transformationsworkshops in der Kreisvolkshochschule Bad Neunahr-Ahrweiler statt mit insgesamt elf Praxisexpert*innen des TransKat-Projekts zusätzlich zum hauptamtlichen Team, welche ihre kunstbasierte Bewältigungsarbeit nach der Flut in der Gruppe vorstellten, diskutierten und in einem gemeinsamen Prozess Prinzipien für eine kunstbasierte Bewältigungs- und Gestaltungsarbeit im Kontext von Krisen- und Katastrophenlagen kollaborativ entwickelten. Die an den Workshops Mitwirkenden brachten ihre kunstbasierten Zugänge in einem methodischen Dreischritt ein: In einem ersten Schritt stellten sie ihre kunstbasierte Bewältigungsarbeit anhand eines mitgebrachten Kunstgegenstands mit der Methode des *Storytellings* vor. Die jeweiligen Erzählungen zu den Gegenständen und ihre Sichtungen führten zu einem intensiven Austausch, der in einem zweiten Schritt in *Go-Alongs in der Natur* vertieft wurde. In Kleingrup-

pen reflektierten die Mitwirkenden, welche Rahmenbedingungen kunstbasierte Bewältigungsarbeit benötigt, um adressat*innenorientiert, traumasensibel und bedürfnisorientiert zu sein. In einem dritten Schritt wurden diese kokreativen Überlegungen zu *Empfehlungen für die kunstbasierte Bewältigungs- und Gestaltungsarbeit* gebündelt.

Von Mosaiken und Sorgenfressern bis hin zu Upcycling: Kunst, Bewältigung und Gestaltung

Die Formate kunstbasierter Bewältigungsarbeit reichten von mitgebrachten Einzelarbeiten bis hin zu kollektiven Projekten, von welchen mit Einverständnis der entsprechenden Akteur*innen einige hier vorgestellt werden. In der Westeifel wurden anlässlich von Gedenkveranstaltungen an die Flut gemeinsam Mosaik gestaltet, anschließend fotografiert und auf Postkarten gedruckt. Der Gestaltungsprozess war andächtig und ruhig und bot den Menschen Raum, ihren Gefühlen nonverbal in einem gemeinsamen Rahmen Ausdruck zu verleihen. Ein gemeinsamer Rahmen wurde ebenso geschaffen mit einer Schiffchen-Aktion, in deren Zuge gemeinsam gebastelte Schiffchen in den Fluss Kyll gelassen wurden, begleitet von befähigenden Wünschen für die Zukunft. Das gemeinsame Tun war hierbei maßgeblich initiiert vom Caritasverband Westeifel e.V. rund um die Kolleg*innen Gertrud Simonis, Nina Nachtsheim und Alexander Knauf. Eigens initiierte die Grundschulpädagogin Rebekka Wolf zwei Kinderbuchformate, um Kindern die Erfahrungen der Flut begreiflich zu machen und zugleich gemeinsam mit ihnen in die Zukunft zu blicken. Die mittels Spendenaufruf realisierte Umsetzung mündete darin, dass die Autorin ihre Bücher in der Region, in Schulen und Bibliotheken verteilte und von Kindern die bejahende Rückmeldung erhielt, durch die Bücher über das Erlebte sprechen zu können. Aufsuchende Zugänge spielen auch in der Arbeit von Kirsten Knieps eine zentrale Rolle. Die Ergo-

Kunstbasierte Bewältigung in und nach Katastrophen

therapeutin ermöglicht Adressat*innen im niedrigschwelligen Setting, Bilder zu malen, um ihren Gedanken durch Imagination Ausdruck zu verleihen.

Für und mit Kindern gestaltete auch Gianna Balaban vom Caritasverband Euskirchen e.V. sogenannte „Sorgenfresser“. Diese „Sorgenfresser“ wurden zunächst von Kindern in einem Workshop nach einer angeleiteten Traumreise gemalt mit dem Ziel, dass ihre Ängste und Sorgen von ihrem persönlichen Sorgenfresserfreund bei Bedarf aufgenommen werden. Die gemalten Sorgenfresser (Stofffiguren) wurden dann in Kooperation mit der Künstlerin Pustblon in greifbare Trostspender verwandelt.

Auch in den Regionen Rhein-Sieg-Kreis und Kreis Euskirchen zeigte sich, wie bedeutsam niedrigschwellige, pädagogisch angeleitete Kunstangebote für Kinder und Familien sein können. Der von der Johanniter-Unfall-Hilfe Bonn/Rhein-Sieg/Euskirchen initiierte Spielebus der Hochwasserhilfe brachte kreative und spielerische Angebote gezielt in besonders betroffene Gebiete, in denen es zeitweise an Infrastruktur und sicheren Spielräumen fehlte. Im Mittelpunkt stand dabei die Möglichkeit zur emotionalen Verarbeitung. Durch Malen, Basteln und freies Spiel konnten Kinder ihre Erlebnisse ausdrücken, ohne sie zwingend in Worte fassen zu müssen, berichtet Erik Heneka.

Pädagogische Kunstmaßnahmen eröffneten einen geschützten Raum, in dem Gefühle sichtbar gemacht und behutsam begleitet werden konnten. Besonders intensiv war die Arbeit mit Naturmaterialien und Upcycling-Ideen: Aus scheinbar wertlosen oder beschädigten Materialien entstanden neue, kreative Werke. Dieser Ansatz för-



Abb. 9: Sorgenfresser | ©Gianna Balaban

derte Fantasie und Selbstwirksamkeit und vermittelte ein Gefühl von Neubeginn und Gestaltungskraft nach der Zerstörung. Zugleich wurde naturnahes Spielen und Lernen als wichtiger Gegenpol zu den belastenden Erfahrungen der Flut gestärkt.

Die kunstbasierten Zugänge verdeutlichen, dass diese weit über eine kreative Beschäftigung hinausgehen: Sie verbinden Bewältigung, Kunst, Bildung und psychosoziale Unterstützung auf eine stärkende Weise, die Gemeinschaft fördert und langfristige Resilienz unterstützt.

Rahmenbedingungen kunstbasierten Arbeitens in Krisen und Katastrophen

Auf Basis der jeweiligen kunstbasierten Erfahrungen reflektierten die Mitwirkenden in Go-Alongs und im anschließenden Austausch die notwendigen Rahmenbedingungen kunstbasierten Arbeitens in Katastrophen und Krisen. Hier wurde ins-



Abb. 8: Kinderbuch „Nach dem Regen kam die Sonne“ | ©Rebekka Wolf

Kunstbasierte Bewältigung in und nach Katastrophen

besondere auf eine jeweils notwendige, gründliche Reflexion zu den eigenen professionellen Möglichkeiten und Grenzen aufmerksam gemacht. So wurde kollektiv festgehalten, dass kunstbasierte Methoden in pädagogischen Settings keine therapeutischen Aufgaben leisten können und dürfen, sondern auf die Lebensbewältigung und vor allem Stärkung der Mitwirkenden und ihrer jeweiligen Bedürfnisse hin orientiert sind. Eine Professionalität im qualifizierenden Fach ist dabei zentral für eine befähigende Beziehungsarbeit, insofern kunstbasiertes Arbeiten eine durch Vertrauen und Sicherheit gekennzeichnete Umgebung und Atmosphäre braucht, welche ein künstlerisches Gestalten und Sich-Öffnen überhaupt erst möglich machen. Eine Auseinandersetzung damit, welche Emotionen in diesem Prozess aufkommen können, ist im Vorfeld nötig und verlangt nach Überlegungen und konkreten Strategien, wie diese aufgefangen und weiter begleitet werden. Insgesamt unterstreichen alle an den Transformationsworkshops Beteiligten, den Fokus auf Stärkung, Befähigung und Freude zu richten, ohne die leidvollen Fluterfahrungen zu negieren. Raum, Materialien und Zeit hierfür zur Verfügung zu haben, ist hierbei essenziell. Die Bedeutsamkeit eines solchen Vorge-

hens wird v.a. in der Schaffung gemeinschaftlicher, kreativer Räume gesehen, die eine gemeinsame Bewältigung und Gestaltung ermöglichen, nicht zwingend Worte brauchen und Sinn, Verbindung und Zusammenhalt stiften können.

Fazit und Ausblick

Räume für kokreativen Austausch zu öffnen, um Katastrophenhilfe und -vorsorge partizipativ und gemeinschaftlich zu denken, ist eine Zielrichtung von TransKat. In Transformationsworkshops wird diesem Ziel Raum gegeben. Dieser Raum lebt und gestaltet sich gemeinsam mit allen Partner*innen, die ihre Erfahrungen und Expertisen in diesen hineingeben. Die kunstbasierten Workshops ermutigen dazu, Bewältigungsarbeit durch verschiedene Kunstformen im Kontext von Katastrophen und Krisen professionell eingebettet wahrzunehmen und zu gestalten. Die aufgezeigten Möglichkeiten sind anspruchsvoll, verlangen nach pädagogischer Professionalität und tiefgreifender Beziehungsarbeit – unter diesen Bedingungen können sie für Menschen in der Erfahrung von Leid und Verlust Räume öffnen, um pädagogisch begleitet Gemeinschaftlichkeit und Solidarität zu erfahren.

Young Professionals treffen sich auf der INTERSCHUTZ 2026



Abb. 10: Gruppenfoto der Young Professionals | © Arne Reinecke



Abb. 11: Erinnerungsfoto mit Feuerwehrbär Fabian | © Cornelia Fisahn



Abb. 12: | © Henrik Cordsen

„Safeguarding tomorrow“ - unter diesem Motto fand vom 1. bis 6. Juni 2026 die INTERSCHUTZ in Hannover statt. Als weltweit führende Fachmesse für Feuerwehr, Rettungswesen, Bevölkerungsschutz und Sicherheit brachte sie Fachleute aus Praxis, Wissenschaft, Wirtschaft und Ehrenamt zusammen.

Auch die Young Professionals nutzten die Gelegenheit für ein persönliches Treffen vor Ort. Im Mittelpunkt standen der fachliche Austausch, die Vernetzung sowie Gespräche über aktuelle Entwicklungen und Erfahrungen aus Studium, Beruf und Ehrenamt.

Die Messe bot darüber hinaus zahlreiche Einblicke in aktuelle Themen und Innovationen des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes. Von Kommunikations- und Leitstellentechnik über Konzepte für Krisenmanagement und Gefahrenabwehr bis hin zu Fahrzeugen und technischen Lösungen für Einsatzkräfte und Hilfsorganisationen gab es auf dem Messegelände vieles zu entdecken.

Starkregen im Fokus: Fachberater-Lehrgang in Friedrichshafen

Starkregenereignisse gehören zu den Naturgefahren, die in den vergangenen Jahren zunehmend in den Fokus gerückt sind. Ereignisse wie die Flutkatastrophe im Ahrtal haben gezeigt, welche Auswirkungen intensive Niederschläge innerhalb kürzester Zeit haben können.

Vor diesem Hintergrund bietet die Akademie Hochwasserschutz den Lehrgang „Fachberater Starkregen“ an. Der dreitägige Lehrgang fand im April 2026 in Friedrichshafen statt und richtet sich an Absolventinnen und Absolventen des Lehrgangs „Fachberater Hochwasser“.

Im Rahmen des Lehrgangs wurden unter anderem die Entstehung von Starkregen, Warn- und Vorhersagesysteme, Starkregengefahren- und Fließpfadkarten, Evakuierungsmaßnahmen sowie Gefahren für Einsatzkräfte behandelt.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Bewertung von Schadenslagen und möglichen Vorsorgemaßnahmen.

Neben den theoretischen Inhalten spielten auch praktische Übungen eine wichtige Rolle. Dazu gehörten die Analyse von Gefährdungslagen, ein Planspiel sowie die Erprobung verschiedener Maßnahmen des mobilen Hochwasser- und Objektschutzes.



Abb. 13: Wasserbefülltes Sandsack-Ersatzsystem im Praxiseinsatz | © Teilnehmer des Lehrgangs



Abb. 14: Mobile Hochwasserschutzbarriere zum Schutz von Türen | © Jessica Meiburg

Neue Kooperation zwischen DGKM und DKKV

Die Deutsche Gesellschaft für Katastrophenmedizin und das Deutsche Komitee Katastrophenvorsorge haben am 28. April 2026 eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Ziel ist es, Bevölkerungsschutz, Katastrophenvorsorge und Katastrophenmedizin in Deutschland gemeinsam weiterzuentwickeln und zu stärken.

Angesichts wachsender Herausforderungen wie Extremwetterereignissen, Pandemien und geopolitischen Krisen wollen beide Organisationen ihre Expertise künftig enger bündeln. Geplant sind unter anderem gemeinsamer wissenschaftlicher Austausch, Projekte, innovative Bildungsformate sowie eine stärkere Vernetzung von Praxis, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft.

Ein besonderer Fokus liegt auf Themen wie der Helfergleichstellung im Katastrophenschutz und der Stärkung der Resilienz der Bevölkerung, insbesondere vulnerabler Gruppen wie Kindern. Die langfristige Zusammenarbeit soll neue Impulse für Forschung, Praxis und Politik setzen und den Bevölkerungsschutz zukunftsfähiger gestalten.



Abb. 15: DKKV und DGKM Kooperation | @DKKV

Sehens-, Hörens- und Spielswertes

Neues Serious-Game des Deutschen Roten Kreuzes

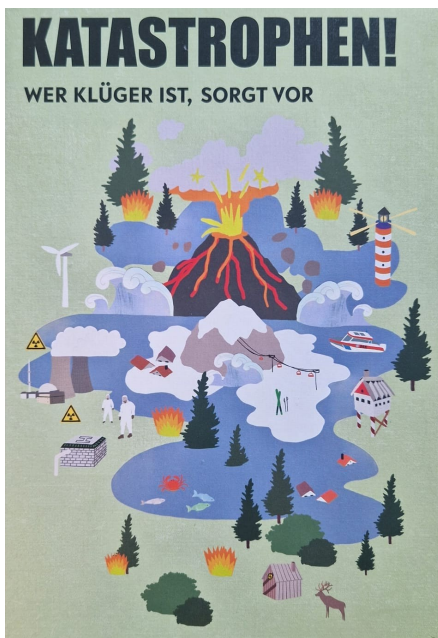


Abb. 16: Brettspiel: Katastrophen!

Das Gesellschaftsspiel „Katastrophen! Wer klüger ist, sorgt vor“ des Deutschen Roten Kreuzes vermittelt spielerisch Wissen rund um Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz. Entwickelt wurde das Brettspiel vom [DRK-Landesverband Westfalen-Lippe](#) im Rahmen der Hochwasserprojekte „Herz- und Seelenhilfe“ sowie „Wiederaufbauhilfen im Quartier“. Ziel ist es, Menschen niedrigschwellig und verständlich für Themen der persönlichen Notfallvorsorge zu sensibilisieren – von Hochwasser und Hitzewellen bis hin zu Großbränden oder Strom- und Gasmangellagen.

Das Spiel richtet sich an 2 bis 6 Spielende im Alter von 8 bis 99+ Jahren und enthält verschiedene Schwierigkeitsstufen. Mithilfe praxisnaher Wissensfragen lernen die Spielenden, wie sie sich selbst und anderen in Krisensituationen helfen können. Dabei steht insbesondere die verständliche und generationsübergreifende Wissensvermittlung im Vordergrund.

Wir bedanken uns herzlich beim DRK-Landesverband Westfalen-Lippe dafür, dass dem DKKV ein Exemplar des Spiels zur Verfügung gestellt wurde. Das Spiel ergänzt ab sofort unsere [DKKV-Spielesammlung](#) und trägt dazu bei, innovative Ansätze der Katastrophenvorsorge und Risikokommunikation erlebbar zu machen.

DKKV-Lunchtalk zur Santa-Marta Konferenz, jetzt auf YouTube!

Der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen gilt als zentrale Voraussetzung für ein sauberes, sicheres und sozial gerechtes Energiesystem – und als wichtiger Baustein zur Reduktion klimabedingter Risiken und Schäden. Im aktuellen DKKV-Lunchtalk sprach Dr. Friedrich Bohn, einem der Koordinatoren des Santa Marta Reports, über wissenschaftliche Erkenntnisse und politische Dynamiken rund um die internationale „Transition away“-Konferenz in Kolumbien.



Abb. 17: „Transition away“-Konferenz | ©DKKV

Der Vortrag gewährte exklusive Einblicke in die Ergebnisse und Abläufe der Konferenz. In der anschließenden Frage- und Diskussionsrunde wurde unter anderem darüber gesprochen, welche Unterschiede zum COP existierten, wie die staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteure auftraten, welche Lehren man aus der Konferenz ziehen konnte und wie die Zukunft des Formats aussieht. Die Aufzeichnung des Lunchtalks finden Sie ab sofort auf [Youtube](#).

Erster Webtalk von DGKM und DKKV über Helfergleichstellung, jetzt auf YouTube!



Abb. 18: #disastertalk spezial | ©DKKV

Ohne das Engagement zehntausender Ehrenamtlicher wäre der Katastrophenschutz in Deutschland kaum denkbar. Gleichzeitig bestehen weiterhin strukturelle Ungleichheiten – etwa bei Freistellungsregelungen, möglicher finanzieller Absicherung im Einsatz, Unterschieden zwischen Bundesländern und Organisationen sowie steigenden Anforderungen an Qualifikation und Verfügbarkeit. Der WebTalk beleuchtet diese Herausforderungen aus rechtlicher, wissenschaftlicher, politischer und praktischer Perspektive und diskutiert mögliche Reformansätze für ein zukunftsfähiges und gerechtes System.

Mit dabei waren Dr. Benni Thiebes (DKKV), PD Dr. med. Andreas Follmann (Präsident der DGKM), Harald Erkens (Bundesministerium der Verteidigung) und Annabelle Behnke (DRK).

Die Aufzeichnung des Lunchtalks finden Sie ab sofort auf [Youtube](#).

Milliarden für Zivilschutz: Wie wir uns vorbereiten sollten

Prof. Dr. Martin Voss (DKKV-Vorstandsmitglied) war am 18.05.2026 zu Gast bei ZDF heute live zum Thema Zivilschutz und Krisenvorsorge. Im Mittelpunkt der Sendung standen die geplanten Investitionen in den deutschen Zivil- und Katastrophenschutz sowie die Frage, wie gut Deutschland auf mögliche Krisen- und Ernstfälle vorbereitet ist.

Als Katastrophenforscher ordnete Martin Voss die aktuellen Entwicklungen fachlich ein und sprach über Herausforderungen, notwendige Vorsorgemaßnahmen und die Bedeutung einer langfristig resilienten Gesellschaft. Den Beitrag finden Sie [hier](#).

Reaktorunfall Tschernobyl 1986: 40 Jahre danach

Vor 40 Jahren am 26. April 1986 kam es zum Super-GAU, einem Unfall, der selbst den größten anzunehmenden Unfall überstieg, eine der schwersten Nuklearkatastrophen der Geschichte. Ort der Katastrophe war das Kernkraftwerk Tschernobyl, im Norden der Ukraine, damals Teil der Sowjetunion. Durch eine Kombination von technischen Mängeln und menschlichen Fehlern kam es während eines Sicherheitstests im Reaktorblock 4 zu mehreren Explosionen und anschließendem Brand. Dabei wurden große Mengen radioaktiver Stoffe freigesetzt, die sich über die Ukraine, Belarus, Russland und weite Teile Europas ausbreiteten. Mehr als 330.000 Menschen mussten ihre Heimat verlassen, während Millionen weitere Menschen von den Folgen betroffen waren¹.



Abb. 19: Tschernobyl Denkmal am Kernkraftwerk | ©Pixabay

Ursachen

Bereits am 25. April sollte in Block 4 ein Test durchgeführt werden, bei dem nachgewiesen werden sollte, dass das Kraftwerk auch bei einem Stromausfall die Notkühlung des Reaktors sicherstellen kann. Dafür wurde die Reaktorleistung rapide gesenkt und das Notkühlsystem unnötigerweise komplett ausgestellt. Nachdem der Test um eine Nacht verschoben werden musste, aufgrund eines erhöhten Strombedarfs in Kyjiw, blieb die Leistung des Reaktors gedrosselt und das Notkühlsystem abgeschaltet. In der folgenden Nacht auf den 26. April unterlief einem Tech-

niker bei der weiteren Absenkung des Reaktors ein Fehler so, dass diese auf 1% herabfiel¹.

Dies führte dazu, dass mehrere Steuerstäbe entfernt wurden, um die Leistung wieder zu steigern, wodurch der Reaktor allerdings in einen sehr instabilen Zustand versetzt wurde. Der stellvertretende Chefingenieur bestand trotz der Instabilität auf die Durchführung des Versuchs. Die Techniker blockierten daraufhin vorschriftswidrig das Signal für die Schnellabschaltung. Daraufhin wurden zusätzlich die Sicherheitsventile geschlossen, welche den Wasserzufluss regulierten, um den Test endgültig durchzuführen. Dies resultierte in einer unkontrollierten Kettenreaktion, bei der es innerhalb weniger Sekunden zu einer extremen Energiefreisetzung und der Zerstörung des Reaktorkerns kam. Bei über 2.000 Grad setzte die Kernschmelze ein. Zwei vermutlich durch Wasserstoff ausgelöste Explosionen sprengten die tonnenschwere Abdeckplatte ab und rissen das Gebäudedach auf. Große Mengen radioaktiven Materials wurden somit kilometerhoch in die Atmosphäre geschleudert¹.

Katastrophenmanagement und Risikokommunikation

Die Reaktion auf den Vorfall in Form von Management- und Kommunikationsmaßnahmen erfolgte stark verzögert. Dies lag vor allem daran, dass die Werksleitung noch am Abend des Unfalls den Reaktorblock fälschlicherweise als intakt deklarierte. Selbst nachdem der sowjetische Regierungschef informiert worden war, unterblieb jeder Versuch, die Bevölkerung zu warnen. Zwar begann am 27. April die Evakuierung der nahegelegenen Stadt Prypjat in nur vier Kilometern Entfernung, doch das wahre Ausmaß des Vorfalls kam erst am 28. April ans Licht. An diesem Tag wurde im 1200 Kilometer entfernten schwedischen Kernkraftwerk Forsmark eine stark erhöhte Radioakti-

[1] Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB BW). (2026). Tschernobyl. Zuletzt aufgerufen am: 20.05.2026. <https://www.lpb-bw.de/tschernobyl>.

vität gemessen, was erste Vermutungen über ein atomares Unglück in der Sowjetunion auslöste. Dass die sowjetische Regierung das Ereignis offiziell erklärte und als Katastrophe betitelte, geschah dennoch erst drei Tage nach dem Unglück. Erst ab diesem Zeitpunkt konnte dann auch die internationale Berichterstattung einsetzen und es wurden umfassendere Evakuierungsmaßnahmen koordiniert, sodass bis zum 4. Mai die gesamte Zone im Umkreis von 30 Kilometern geräumt war¹.

Um die Folgen des Unglücks einzudämmen, kamen in der Folgezeit rund 800.000 sogenannte Liquidator:innen zum Einsatz. Ohne ausreichende Schutzausrüstung mussten sie auf die Dächer neben dem zerstörten Reaktor steigen, um verstrahlte Grafitblöcke zurück in den Schlund zu werfen. Wegen der lebensgefährlichen Strahlenbelastung durften sie sich dort jeweils nur für maximal 40 Sekunden aufhalten. Parallel dazu schütteten Militärhubschrauber verschiedene Materialien über dem Kern ab, um den Brand zu

sich etwa 40 Länder und die Konstruktion soll für die nächsten 100 Jahre Sicherheit bieten¹.

Auch in Deutschland löste das Ereignis eine Welle der Verunsicherung aus. Zwar erklärte der damalige Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann noch am 29. April, dass für die Bundesrepublik absolut keine Gefahr bestehe und kein Grund zur Sorge vorliege. Doch noch am selben Tag zog die radioaktive Wolke über Deutschland hinweg und hinterließ durch einsetzende Niederschläge messbare Strahlung auf dem Boden. Obwohl diese Werte minimal waren, wusste in der Bevölkerung niemand genau, wie man mit der Situation umgehen sollte. Die Folge waren flächendeckende private Vorsorgemaßnahmen: Die Menschen deckten sich mit haltbaren Lebensmitteln ein, verzichteten auf Frischmilch, kauften Jodtabletten und suchten Schutz vor dem Regen. Vielen Kindern wurde in dieser Zeit das Spielen im Freien komplett untersagt¹.

Auswirkungen

Die insgesamt 1.500 m hohe radioaktive Schadstoffwolke verteilte die Strahlenbelastung durch wechselnde Winde über Osteuropa, Skandinavien und Teilen Westeuropas. In mindestens 14 Ländern wurden Gebiete mit Strahlungswerten von über 37 Kilo-Bequerel pro m² gemessen, wodurch sie offiziell als „kontaminiert“ galten. In



Abb. 20: Neuer Schutzmantel | @unsplash

löschen. Dennoch hielt der massive Ausstoß von heißer Asche und radioaktiven Gasen etwa zehn Tage lang an. Um die kontinuierliche Strahlung langfristig einzudämmen, errichteten hunderttausende von Liquidator:innen schließlich eine provisorische Schutzhülle aus Stahl und Beton, den sogenannten „Sarkophag“. Da dieser mit der Zeit marode wurde, wurde er 2016 durch einen neuen, rund 2,1 Milliarden Euro teuren Schutzmantel ersetzt (siehe Abb. 20). An diesem beteiligten



Abb. 21: Verlassener Autoscooter | @unsplash

der direkten Umgebung mussten etwa 160.000 Menschen ihre Heimat verlassen, später stieg die Zahl der Evakuierten auf rund 330.000 Einwoh-

ner:innen an. Auch die Umwelt war massiv betroffen: Im heute sogenannten Roten Wald starben innerhalb weniger Wochen und Monate sämtliche Kiefern ab. Bis heute existiert rund um das Kraftwerk eine etwa 4.300 km² große radioaktiv verseuchte Sperrzone. Dazu gehört auch der Freizeitpark in Prypjat, der ursprünglich am 01.05.1986 eröffnet werden sollte, aufgrund der



Abb. 22: Verlassener Freizeitpark | ©unsplash

Katastrophe jedoch bis heute verlassen blieb¹ (siehe Abb. 21 & 22).

Welche gesundheitlichen Auswirkungen die Katastrophe genau hatte und wie hoch die damit verbundenen Todeszahlen sind, variiert je nach Quelle und ist bis heute umstritten. Laut dem IPPNW-Report (2016) waren die sogenannten Liquidator:innen am stärksten betroffen; von ihnen starben bis 2016 mindestens 112.000 bis 125.000 infolge ihres Einsatzes in Tschernobyl. Besonders betroffen waren zudem Kinder und Schwangere. Allein in Deutschland soll die erhöhte Strahlung zu etwa 1.000 bis 3.000 Tot- und Fehlgeburten geführt haben. Insgesamt kam es zu einem starken Anstieg von Schilddrüsenkrebs und anderen Krebserkrankungen, insbesondere im nahegelegenen Belarus¹. Hinzu kommen die psychologischen und gesellschaftlichen Folgen, die durch die Maßnahmen und Veränderungen infolge des Unfalls bis heute langfristig nachwirken².

40 Jahre später

Auch heute, 40 Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl sind die Folgen weiterhin spürbar, sowohl politisch als auch sicherheitstechnisch. In Deutschland verstärkte das Unglück die bereits seit den 1970er Jahren bestehende Anti-Atomkraft-Bewegung erheblich. Nach Tschernobyl wurde kein weiteres Kernkraftwerk mehr gebaut, ehe die rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2000 den Atomausstieg beschloss. Zwar wurde die Laufzeit der AKW 2010 zunächst wieder verlängert, die Reaktorkatastrophe von Fukushima führte jedoch 2011 zur erneuten Kehrtwende und beschleunigte den endgültigen Ausstieg aus der Kernenergie. Mit der Abschaltung der letzten drei Atomkraftwerke am 15. April 2023 endete die Atomstromproduktion in Deutschland endgültig.

Der Russland-Ukraine-Krieg zeigt zudem, dass nukleare Anlagen auch heute noch ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellen. Anfang 2022 wurde die Sperrzone von Tschernobyl mehrere Wochen von russischen Soldaten besetzt und vermint. Im Februar 2025 meldete die Ukraine außerdem einen Drohnenangriff auf die Schutzhülle des stillgelegten Reaktors in Tschernobyl, bei dem trotz erheblicher Schäden keine erhöhte Strahlung gemessen wurde. Durch Angriffe auf die ukrainische Energieversorgung besteht weiterhin die Gefahr von Stromausfällen in Kernkraftwerken, wodurch Kühlsysteme ausfallen könnten. Wie real diese Gefahr ist, zeigte sich am 26. April 2026 im Kernkraftwerk Saporischschja, als die externe Stromversorgung zeitweise unterbrochen wurde und die Sicherheitssysteme über Notstromdiesel laufen mussten. IAEA-Generaldirektor Rafael Grossi warnte deshalb erneut vor der prekären nuklearen Sicherheitslage in der Ukraine³.

[2] Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV). (2026). Tschernobyl und die Folgen. Zuletzt aufgerufen am: 20.05.2026. <https://www.bundesumweltministerium.de/themen/nukleare-sicherheit/tschernobyl-und-die-folgen#c22906>.

[3] Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). (2026). Tschernobyl-Unfall. Zuletzt aufgerufen am: 20.05.2026. https://www.base.bund.de/de/nukleare-sicherheit/nukleare-unfaelle/tschernobyl/tschernobyl-unfall_inhalt.html#a743564.

Die Flutkatastrophe 2021

Autor:innen: Birkmann, J., Klopries, E., Schüttrumpf, H., Trüdinger, A., Strenger-Wolf, S.

[Download](#)

Zusammenfassung: Das Open-Access-Buch „Die Flutkatastrophe 2021 – Vom Wiederaufbau zur Klimaresilienz“ bündelt Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem Forschungsprojekt KAHR. Im Mittelpunkt stehen die Folgen der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 sowie die Herausforderungen und Chancen eines resilienten Wiederaufbaus. Dabei werden sowohl technische und planerische Maßnahmen als auch soziale Aspekte und Fragen der Risikokommunikation betrachtet. Das Buch zeigt auf, wie Wissenschaft, Politik und Praxis gemeinsam dazu beitragen können, die Hochwasservorsorge und Klimaresilienz langfristig zu stärken.

Warnung der Bevölkerung

Autor:innen: Stiller, J., Budde, J., Baum, S.

Erhältlich im Buchhandel oder direkt über den Kohlhammer-Shop ([Link](#)).

Zusammenfassung: Das Buch behandelt die Grundlagen und Herausforderungen der Warnung der Bevölkerung im Katastrophenschutz. Es beleuchtet sowohl technische Warnsysteme als auch rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen. Ein besonderer Fokus liegt auf verständlicher Risikokommunikation und dem Verhalten der Bevölkerung in Krisensituationen. Zudem werden bestehende Schwächen analysiert und Ansätze zur Verbesserung aufgezeigt.

Troubled water: Enhancing flood preparedness with eXtended reality

Authors: Terfurth, L., Heidenreich, A., Glunz, E., Kox, T., Gerhold, L.

[Download](#)

Summary: The study explores how immersive technologies such as augmented reality (AR) and mixed reality (MR) can enhance flood preparedness among individuals. Using the “Troubled Water” prototypes, it demonstrates that interacting with virtual objects strengthens users’ perceived ability to take protective actions, while experiencing simulated flooding increases risk perception and emotional engagement. These immersive experiences lead to higher intentions to prepare for flood events. However, the study finds that these increased intentions do not necessarily translate into actual preparedness behavior over time. Overall, the findings highlight the potential of XR technologies as a supportive tool for improving disaster preparedness education.

Kommunen in der Krise. Krisen erfolgreich bewältigen (4/2026)

Autorin: Seiter, Kathrin

Mit Anmeldung bei der KGSt verfügbar ([Link](#)).

Zusammenfassung: Der Bericht betont, dass Krisen jederzeit auftreten können und daher ein umfassendes Krisenmanagement zentraler Bestandteil jeder Kommunalverwaltung sein muss. Dabei liegt die Verantwortung nicht nur bei BOS, sondern bei der gesamten Verwaltung, die insbesondere für die organisatorische Steuerung im Ernstfall zuständig ist. Er bietet praxisnahe Orientierung zu Zuständigkeiten, Prozessen und dem Aufbau eines Krisenmanagementsystems, ergänzt durch Beispiele und konkrete Handlungsempfehlungen. Ziel ist es, die Resilienz von Verwaltung und Bevölkerung zu stärken und Kommunen bei der systematischen Vorbereitung auf Krisen zu unterstützen.

Township-level governance in disaster preparedness in Yangon, Myanmar, during the period of transformation from April 2011 to January 2021

Authors: Than, Z.; Oo, H.; Heinkel, S.; Aung, T.; Kyi, T.; Oo, S.; Mar, W.; Maung, W.; Myint, Z.; Soe, K.; Willkomm, M.; Miller, C.; Martini, S.; Thiebes, B.; Spohner, R.; Kraas, F.

[Download](#)

Summary: This study analyzes disaster risk governance at the township level in Yangon, Myanmar, during the political transition from 2011 to 2021. It examines how newly introduced legal and institutional frameworks have aimed to strengthen participatory and community-based disaster preparedness following Cyclone Nargis. Based on a mixed-methods approach, including expert interviews, household surveys, and document analysis, the study finds that while governance structures are largely in place, their implementation remains inconsistent, with challenges such as limited local participation, institutional constraints, and gaps in public awareness.

Managing natural hazards and climate risks in elections

Publisher: International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA)

[Download](#)

Summary: This report examines how meteorological and geological hazards affect electoral processes worldwide. Based on more than 100 cases between 2006 and 2025, it analyzes how events such as storms, floods, heatwaves and earthquakes disrupted different phases of the electoral cycle, from preparation and campaigning to voting and counting. The report also explores how electoral management bodies (EMBs) responded to these challenges and presents strategies such as contingency planning, logistical adaptations and communication measures to strengthen the resilience of electoral systems.

Cartographies of Catastrophes

Editors: Demeter, L.; Enss, C. M.; Kisiel, P.; Ludwig, C.

[Download](#)

Summary: This publication explores how disasters caused by war and natural hazards have been mapped, documented, and reconstructed from the 19th century to today. Through European case studies, *Cartographies of Catastrophes* highlights different regional and cultural approaches to understanding and rebuilding after catastrophic events. Bringing together perspectives from history, urban planning, and architecture, the book examines the role of cartography in shaping how societies perceive destruction, resilience, and recovery.

Atlas der Klimaextreme

Autor:innen: Ionita, M.; Treffeisen, R.; Nagavciuc, V.; Grosfeld, K.

[Download](#) oder [Bestellung eines kostenlosen Druckexemplares](#)

Beschreibung: Der „Atlas der Klimaextreme“ veranschaulicht die Auswirkungen des Klimawandels in Deutschland anhand zentraler Klimadaten und Extremwetterereignisse wie Hitze, Trockenheit und Starkregen. Auf Basis langjähriger Daten des Deutschen Wetterdienstes zeigt der Atlas Entwicklungen und Veränderungen sowohl für Gesamtdeutschland als auch für die einzelnen Bundesländer auf. Ziel ist es, ein besseres Verständnis für die Folgen des menschengemachten Klimawandels und die damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen zu schaffen.

Mitgliederentwicklung - Neueintritte

Cornelia Fisahn (YP) befasst sich im Rahmen ihrer Tätigkeit bei einer obersten Landesbehörde in Norddeutschland mit den Themen der Zivilen Verteidigung und des strategischen Krisenmanagements, außerdem kann sie auf sechs Jahre Erfahrungen im Bereich des sektoriellen Bevölkerungsschutzes (Ernährungsnotfallvorsorge) zurückblicken. Berufsbegleitend absolviert sie an der Hochschule Harz ein Masterstudium im Bereich Public Management und befindet sich aktuell im 2. Semester. Im Rahmen dieses verwaltungswissenschaftlichen Studiums versucht sie, die Perspektive der Lehrenden und Mitstudierenden auf Krisenthemen zu lenken und das Bewusstsein für diese Themen aus dem Blickwinkel Public Management zu schärfen.

Daniel Hönes (YP) ist Werkfeuerwehrmann bei der Werkfeuerwehr Merck KGaA in Darmstadt und studiert berufsbegleitend „Management in der Gefahrenabwehr“ an der FOM Hochschule. In seiner beruflichen Tätigkeit ist er in den Sachgebieten Brandschutzeinrichtungen, Einsatzvorbereitung sowie Social-Media eingesetzt. Ehrenamtlich engagiert er sich bei der Freiwilligen Feuerwehr Flörsheim am Main. Ergänzend zu seinem Studium nimmt er seit dem 01.05.2026 an einem Spezialisierungslehrgang im Bereich Krisenmanagement an der Deutschen Akademie für Management teil. Im Rahmen seines Studiums beschäftigt er sich insbesondere mit Themen der strukturierten Einsatzvorbereitungskommunikation, insbesondere der Verteilung permanenter und temporärer Informationen innerhalb einer Werkfeuerwehr, sowie mit Crew Resource Management und Fehlermanagement im Gefahrstoffesinsatz. Dabei liegt sein Fokus auf der Verbesserung von Kommunikation, Entscheidungsfindung und Sicherheit im Einsatzdienst. Daniel Hönes freut sich auf den Austausch mit den anderen Mitgliedern.

Lennart Gerlach (YP) studiert derzeit Internationale Not- und Katastrophenhilfe (B.A.) an der Akkon Hochschule für Humanwissenschaften in Berlin. Nach dem Abitur absolvierte er ein Freiwilliges Soziales Jahr bei der Feuerwehr Köln. Im Anschluss an seine Tätigkeit als Werkstudent in der Pressestelle von Feuerwehr und Rettungsdienst Bonn, arbeitet er aktuell als Werkstudent beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe im Bereich Warnung der Bevölkerung. Ehrenamtlich engagiert

Neues aus der Geschäftsstelle

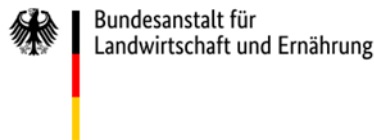
Laura Peters unterstützte die Geschäftsstelle zwischen dem 01. März 2026 - 31. Mai 2026 als studentische Praktikantin. Sie studiert Geographie im 6. Bachelorsemester an der Universität Bonn. Im Rahmen ihres Praktikums übernahm sie die Konzeption und Gestaltung dieser Magazinausgabe.

Jakob Bartolomey unterstützt die Geschäftsstelle zwischen dem 01. Mai 2026 - 31.07.2026 als studentischer Praktikant. Er studiert Politikwissenschaften im 6. Mastersemester an der Universität Bonn.

Institutionelle Mitglieder des DKKV



ADAC Luftrettung










Deutscher Wetterdienst
Wetter und Klima aus einer Hand



Impressum

Deutsches Komitee
Katastrophenvorsorge e.V.
Kaiser-Friedrich-Str. 13
53113 Bonn

 0228/26 199 570
 info@dkkv.org
 www.dkkv.org
 [@dkkv_bsky_social](https://twitter.com/dkkv_bsky_social)
 [@dkkv_germandrr](https://www.instagram.com/dkkv_germandrr)
 [deutsches-komitee-
katastrophenvorsorge-e-v](https://www.linkedin.com/company/deutsches-komitee-katastrophenvorsorge-e-v)
 [@germancommittee
fordisaster4635](https://www.youtube.com/channel/UCgermancommittee)

Editing und Layout:
Geschäftsstelle DKKV

Das DKKV ist...

...Plattform für Katastrophenvorsorge in
Deutschland.

...Mittler zu internationalen, auf dem
Gebiet der Katastrophenvorsorge tätigen
Organisationen und Initiativen.

...Kompetenzzentrum für alle Fragen
der nationalen und internationalen
Katastrophenvorsorge.

unterstützt...

...Fachübergreifende Forschungsansätze
zur Katastrophenvorsorge in anderen
Fachsektoren sowie in Politik und
Wirtschaft.

...die Verbreitung der Erkenntnisse der
Katastrophenvorsorge auf allen Ebenen
des Bildungsbereichs.

empfehl...

...die Umsetzung der vorhandenen
Erkenntnisse zur Katastrophenvorsorge in
Politik, Wirtschaft und Verwaltung.

...die Weiterentwicklung einer fach- und
länderübergreifenden Kooperation in
der operativen Katastrophenvorsorge.

...die Entwicklung medialer Strategien
zur Förderung und Stärkung des
Vorsorgebewusstseins in der
Gesellschaft.